



AUSGABE 6 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 12.05.2004

Walsum

S. 3

Kampf um Termine und Worte: Koalition und Opposition im Landtag wollen angesichts der befürchteten Umweltfolgen die Schließung des Bergwerks Walsum. Die einen „frühestmöglich“, die anderen „vorrangig“.

Kopftuch

S. 16/17

Ist eine islamische Lehrerin mit Kopftuch für den Staat tragbar oder nicht? Im Plenarsaal ging der Kopftuchstreit in eine neue Runde. Vier Landtagsausschüsse hörten an die 20 Expertinnen und Experten an.

Schwebebahn

S. 19

Die Arbeiten an der Erneuerung der Wuppertaler Schwebebahn sind ins Stocken geraten. Vorwürfe des Landesrechnungshofs stehen im Raum und müssen geklärt werden.

Kartenzahlung

S. 21

Die Betrügereien mit Debitkarten in NRW haben sich verdoppelt. Das bequeme Zahlen mit dem Kartengeld hat seine Tücken, wenn dabei auf die Abfrage der PIN-Nummer verzichtet wird. Viele Firmen tun das aus Kostengründen.

Mit dem EU-Beitritt der zehn Staaten hat Europa an Größe und Gewicht gewonnen. Überall zwischen Estland und Malta wurde am 1. Mai begeistert gefeiert. So groß die Freude der Menschen in den Beitrittsländern ist, hier zu Lande mischt sich in die euphorische Stimmung ein bisschen Sorge: Wandern jetzt noch mehr Jobs in Richtung der Wirtschaftsräume mit geringeren Löhnen, niedrigeren Umweltstandards und Steuersätzen? Oder wachsen die Ausfuhrer? Beides würde sich auf Arbeit und Wirtschaft in NRW auswirken. Also was überwiegt: Chancen oder Risiken? Mehr dazu auf den Seiten 12 bis 15. Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Ist die berufliche Bildung noch zeitgemäß?

Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland hat sich bewährt: Betrieb und schulische Einrichtungen, Wirtschaft und Staat, wirken im Interesse der Zukunft junger Menschen zusammen. Beide Seiten haben dabei ihre Rollen und Aufgaben. Werden sie denen auch gerecht? Regierungslager und Opposition treffen in dieser Frage unterschiedliche Feststellungen. Rot-Grün wertet Ausbau und Angebote positiv und erinnert die Wirtschaft an ihre Aufgabe, genügend Ausbildung anzubieten. Union und Liberale fordern eine Modernisierung und Individualisierung des Systems und verlangen eine bessere Schulausbildung für die Berufsanfänger (Seite 10).



Mit wehenden Fahnen
in die Zukunft:
Europa ist größer und
stärker geworden

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
„Walsum vorrangig schließen“ – Streit in der Kohlepolitik	3
Integration bedeutet Fordern und Fördern	4
Hausarzt als Steuermann im Gesundheitswesen	5
Deutsche Bahn soll für Verspätungen haften	6
Mehr Züge zum Airport Köln/Bonn	6
Auch sonntags künftig shoppen gehen?	7
Richtlinie soll Umwelt schützen	8
Die Rechte der Opfer weiter stärken	8
Opposition ermuntert Steinbrück: „Sagen Sie Nein!“	9
Wort und Widerwort	10
<i>Ist die berufliche Bildung noch zeitgemäß?</i>	
Kulturhauptstadt Europas: Kandidaten stellen sich vor	11
NRW und die neuen EU-Länder	12/13
Interviews mit den Parlamentariergruppen	14/15
Anhörung über ein mögliches Kopftuchverbot in NRW	16/17
Müssen Unis mit finanzieller Mehrbelastung rechnen?	18
FCL-Erfolg auf den Balearen	18
Hängepartie beim Ausbau der Wuppertaler Schwebebahn	19
Aktuelles aus den Ausschüssen	20
Leichtes Spiel für Kartenbetrüger	21
Polizeieinsatz in Bochum	21
Aus den Fraktionen	22
Porträt der Woche: Hannelore Brüning (CDU)	23
Bericht über Erdbebenhilfe im Iran	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Europa: Was sonst!

Schleckermäuler wissen schon längst, dass die Osterweiterung der Europäischen Union eine kulinarische Offenbarung ist: Szegediner Gulasch aus Ungarn besitzt die nötige Schärfe, Piroggi aus Polen duften deftig. Vitaminbomben sind die säuerlichen Moosbeeren aus Lettland, der Käsestrudel aus Slowenien verlangt nach süßer Sahne, der gegrillte Schafskäse aus Zypern macht dem italienischen Parmesan Konkurrenz. Die slowakischen Würste Ponitran und Cedron sind reine Bioprodukte, die maltesischen Erdbeeren verlangen nach Mascarpone.

In Estland stärkt man sich mit Kamamehl. Der Renner der Ungarn heißt: Pusztabrot und Höllenwurst. Und die Litauer essen an allen Festtagen Baumkuchen. Wem jetzt nicht das Wasser im Munde zusammen läuft, dem kann in Europa nicht geholfen werden. Die Reise geht gen Osten. Schon das nordrhein-westfälische Kabinett hat den 1. Mai, das historische Datum der EU-Osterweiterung um zehn neue Länder rund um das Düsseldorfer Stadttor gefeiert. Und viele Menschen aus NRW waren neugierig und testeten sich nicht nur kulinarisch durch die neuen Nachbarstaaten.

„Es gibt gute Gründe für die Erweiterung“ – so nennt die Bundesregierung ihre Kampagne für das neue Europa: vom Gewicht des EU-Binnenmarktes über die Sicherung der Arbeitsplätze bis hin zum leichteren Reisen. Auch in NRW klingen die Stimmen optimistisch. Hört man den Vorsitzenden der Parlamentariergruppen genau zu. Sie werben für die Idee der Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene und sind auf dem richtigen Weg, die partnerschaftlichen Beziehungen auszubauen.

STAATSGÄSTE

Der politische und menschliche Kontakt zwischen den Parlamentariergruppen kommt positiv bei den Nachbarn an: So besuchte der ehemalige slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster den Landtag im September 2003. Fünf Abgeordnete des Sejmik der Wojewodschaft Schlesien trafen zum Parlamentarischen Abend „NRW trifft Schlesien“ im April 2003 im Landtag ein. Der ehemalige litauische Staatspräsident Vytautas Landsbergis sprach im Oktober 2002 vor NRW-Parlamentariern über die „Baltischen Staaten auf ihrem Weg zurück nach Europa“. Auch der estische Präsident Lennert Meri ließ sich den persönlichen Besuch nach NRW nicht nehmen.

Das Parlament hat sich noch am 25. März mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Investitionen in den neuen Beitrittsstaaten im Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Die Sorge einiger Politiker: Das die Unternehmen aus NRW lieber ins Ausland flüchten, als vor Ort zu produzieren. Grund für die Aktuelle Stunde war die Ankündigung der Firma Siemens, 10.000 Arbeitsplätze aus NRW nach Osteuropa zu verlegen.

Natürlich bringt die Erweiterung der EU nicht gleich das Paradies. Es gibt Pessimisten, aber auch viele Optimisten. Europa braucht Zeit. Mit dem 1. Mai hat die Zukunft begonnen. Es geht um Einigkeit und Recht und Freiheit für einen Kontinent. Was sonst! **SH**

„Walsum vorrangig schließen“

Streit über Termin beleuchtet Unterschiede in der Kohlepolitik

Es geht um das Bergwerk Walsum am Niederrhein – CDU und FDP wollen diese Zeche vorrangig schließen. Die Koalitionspartner SPD und GRÜNE sind dafür, dass die Deutsche Steinkohle AG (DSK) den Steinkohleabbau unter dem Rhein frühestmöglich beendet. Während die Liberalen auf Umweltrisiken und Gefahren aufmerksam machten, plädierte die CDU dafür, statt in Steinkohle in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren. Die Grünen waren für ein deutliches Signal an die DSK; das „Kasperletheater“ um Formulierungen wie „vorrangig“ und „frühestmöglich“ verstehe keiner im Lande. Der Energieminister schließlich machte darauf aufmerksam, dass die Politik dem Unternehmen nicht vorschreiben könne, wann es welches Bergwerk zu schließen habe – und das auch noch sozialverträglich.

Dr. Gerhard Papke (FDP) bezeichnete Walsum als „Zeitbombe für die Menschen am Niederrhein“, die es zu entschärfen gelte. Der Abbau sei volkswirtschaftlich völlig unsinnig und erfordere „gigantische“ Subventionen. Angesichts der Gefährdungsrisiken und der unzureichenden Vorkehrungen für den Katastrophenfall „ist der Bergbau in Walsum nicht mehr zu verantworten und muss schleunigst beendet werden“. Die Grünen müssten zeigen, ob sie vor der Steinkohlelobby „kuschen“, oder ob sie bereit sind, in namentlicher Abstimmung dem FDP-Antrag zuzustimmen. Seine Partei wolle, dass alle Steinkohlebergwerke in Deutschland geschlossen werden.

Werner Bischoff (SPD) sah es so: Es gehe nicht nur um Walsum, wie die Liberalen sagten, sondern um die Kohle und die gesamte industriepolitische Situation in NRW. Da sei nach Ansicht der SPD Energiesicherheit „ein zentraler Baustein für unsere Zukunft“. An einem solchen unverantwortlichen Kahlschlag, wie ihn die FDP plane, werde sich seine Partei nicht beteiligen, erklärte Bischoff. Sie und der grüne Koalitionspartner wollten die DSK unter Abwägung aller Fakten mit ihrem Antrag „noch einmal aufrufen, den Abbau von Steinkohle unter dem Rhein frühestmöglich zu beenden“. Dies geschehe auf genehmigungsrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Basis und auf der Grundlage der sozialen Verträglichkeit.

Helmut Stahl (CDU) betonte, seine Fraktion wolle, dass das Signal von der DSK gehört wird: Vorrangige Einstellung der Kohleförderung in Walsum. „Frühestmöglich“ sei dagegen deutungsanfällig. Außerdem habe die CDU „tiefe Zweifel“ daran, dass es die Koalitionstraktionen mit diesem Wort ernst meinen. Angesichts des maroden Landeshaushalts sei die Zeit „windiger“ Kompromisse vorbei. Die SPD dürfe nicht immer neue Schlachten um die Vergangenheit führen. Die Förderung heimischer Steinkohle gehöre im Unterschied zur Fördertechnologie nicht mehr zu den Zukunftskompetenzen des Landes.

Gegner der Steinkohlesubventionierung, Anwohner und Naturschützer würden gerne sehen, dass sich ab sofort die Seilscheiben der Walsumer Zeche (Bild) nicht mehr drehen.
Foto: RAG

Reiner Priggen (GRÜNE) fand, es gehe nicht, wie die Opposition das wolle, in diesem Haushalt die Landesmittel auf Null zu stellen:

Das sei widerrechtlich. In seinen Augen werde man sicher ein Ergebnis erreichen, „bei dem keine Entlassungen erfolgen werden, mit dem wir für den Landeshaushalt etwas erreichen, und bei dem Walsum in dem Gesamtkonzept frühestmöglich geschlossen wird. Mit Sicherheit nicht 2010, aber das konnte man auch nicht erwarten“.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) meinte optimistisch: „Wir werden diese Gespräche zu einem guten Ergebnis führen.“ Wer auf die schnelle Schließung von Walsum dränge, der sollte sich daran erinnern, dass in einem Raum wie dem Kreis Wesel 11.500 Menschen unmittelbar

für den Bergbau arbeiten und viele Tausende indirekt davon abhängig sind. Eines sei klar: „Es bleibt bei einer Energiepolitik mit Verlässlichkeit und Perspektive“, betonte der Minister, „ein Ex-und-Hopp wird es in der Energiepolitik mit uns nicht geben“.

Christian Weisbrich (CDU) bescheinigte der Zeche Walsum, sie habe keine Bedeutung für die Energieversorgungssicherheit in Deutschland. Der Koalitionsantrag lasse es für die DSK zu, Walsum als letzte Zeche zu schließen, wenn sie dies für den „frühestmöglichen“ Termin halte. Diese Freiheit sollte man dem Unternehmen nicht lassen.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, legte dar: „Wenn es unterschiedliche Gefährdungspotenziale der Bergwerke gibt, dann muss das Walsumer Bergwerk vorrangig geschlossen werden.“ Ähnlich wie Frankreich gerade die letzte Zeche dicht gemacht habe, „sollten wir sehen, dass dieses auch in unserem Lande so schnell wie möglich geschieht“.

Integration bedeutet Fördern und Fordern

CDU findet keine Mehrheit für ihren Gesetzentwurf

In zweiter Lesung haben Ende April die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE zusammen mit der FDP den Entwurf der CDU-Fraktion für ein Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/3014) abgelehnt. Die drei Landtagsfraktionen verweigerten ihre Zustimmung mit dem Argument, ein solches Gesetz mache so lange keinen Sinn, als auf Bundesebene das geplante Zuwanderungsgesetz noch nicht verabschiedet ist.

zeitigt. Sinn würde es machen, auf der Grundlage der Integrationsoffensive des Landtags gemeinsam ein Integrationsgesetz zu entwickeln.

Sybillie Haußmann (GRÜNE) machte deutlich, was alles auf Landesebene seit Verabschiedung der Integrationsoffensive geschehen ist. Außerdem gehe es nicht darum, das niederländische Vorbild zu kopieren, sondern seine Mängel und Schwächen zu vermeiden. Integrationskurse könne es nur geben, nachdem das Zuwanderungsgesetz verabschiedet worden ist, das aber durch die Doppelmoral, die die CDU in Sachen Zuwanderung im Land und im Bund an den Tag lege, immer wieder in Frage gestellt werde.



Britta Altenkamp (SPD)

Sybillie Haußmann (GRÜNE)

Birgit Fischer (SPD)

Britta Altenkamp (SPD) meinte, das Gesetz komme zur Unzeit. Derzeit sei weder klar, wie die Finanzierung zwischen den verschiedenen Ebenen Bund-Land-Kommune ablaufen soll, noch gebe es Einigkeit über Inhalte und Standards der geplanten Integrationskurse. Anderer Meinung sei man auch beim von der CDU geforderten jährlichen Integrationsbericht: Ein solch umfangreiches Werk sei in der Lage, den Landesintegrationsbeauftragten lahm zu legen. Warum also nicht einen Konsens, wie man ihn bei der Integrationsoffensive erreicht habe? Ihr komme es vor, als wolle die CDU mit dem Gesetzentwurf durch Taktieren aus der Klemme herauskommen, in die sie sich bundesweit durch ihr Verhalten beim Zuwanderungsgesetz gebracht habe.

Das Gesetz gebe allen dauerhaft hier lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderern einen Rechtsanspruch auf Integrationshilfe. Es sehe den Abschluss von Integrationsverträgen vor, das Angebot flächendeckender Kurse und einen jährlichen Integrationsbericht. Zum Erlernen der deutschen Sprache gebe es keine Alternative, betonte Kufen und kritisierte, trotz gegenteiliger Behauptungen der Landesregierung sei man im Land in der Integrationspolitik in den letzten Jahren nicht einen Meter weiter gekommen.

Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) erkannte ebenfalls „Doppelbödigkeit“. Die CDU wolle Integration verordnen. Sie lege dazu eine „Finanzierung mit Luftbuchungen“ vor. Gleichzeitig blockiere sie das Zuwanderungsgesetz. In ihrem Gesetz mache die Union einen Katalog des Wünschenswerten auf, „ohne das Machbare überhaupt zu benennen“. Wer bei den Kosten der Integrationskurse den Bund außen vor lasse, der vertrete nicht die Interessen des Landes NRW, bemängelte die Ministerin und hielt der Oppositionsfraktion vor, sie nehme die Fortschritte und Maßnahmen einfach nicht zur Kenntnis, die als Bestandteil der Integrationsoffensive im Land schon umgesetzt worden sind.

Thomas Kufen (CDU) fand, das Gesetz sei nötiger denn je. Es müsse endlich Verbindlichkeit in die Integrationspolitik dieses Landes kommen. Das sei eine Schlüsselaufgabe in NRW, die auch ein Zuwanderungsgesetz in Berlin nicht lösen könne.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) erklärte, ihre Fraktion begrüße den Vorstoß der CDU, weil er einen Rechtsanspruch auf Integrationsmaßnahmen festschreibe und dem Land die daraus entstehenden Kosten zuweise. Dennoch lehne man das Gesetz ab, weil – wie gesagt – erst das Bundeszuwanderungsgesetz abzuwarten ist.

Zum anderen seien Aufbau und Inhalt des CDU-Entwurfs nicht zustimmungsfähig. So habe

Theodor Kruse (CDU) hielt nichts davon, auf Berlin zu warten: „Wir müssen hier in Nordrhein-Westfalen unsere Aufgaben erledigen.“ Er betonte, Integration bedeute Fordern und Fördern. Diesen Anforderungen aber werde Rot-Grün seit Monaten und Jahren nicht gerecht. Der Sprecher stellte klar, formale Integration reiche nicht aus: „Auf tatsächlicher Integration ist zu bestehen, damit das bestehende Wertesystem nicht lediglich ausgenutzt, sondern loyal mitgetragen wird.“ Wer Deutschland nach Vorstellungen umwandeln möchte, die selbst in seinem Heimatland als extremistisch gelten, „der ist hier bei uns fehl am Platze“.



Thomas Kufen (CDU)

Dr. Ute Dreckmann (FDP)
Fotos: Schälte

man nach den Erfahrungen in den Niederlanden Zweifel, ob das Instrument der Integrationskurse den erwarteten Erfolg

Hausarzt als Steuermann im Gesundheitswesen

Ungeliebte Praxisgebühr war Anlass für Grundsatzdebatte

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion das Thema „Hausarztmodelle zügig einführen – Lotsenfunktion statt Praxisgebühr“ am 29. April erörtert. Das Modell führe mittelfristig zu Einsparungen im Gesundheitswesen, zeigte sich die antragstellende Fraktion überzeugt. Das wurde von der Opposition bezweifelt: Immerhin suchten schon jetzt über 80 Prozent der Patienten zuerst den Hausarzt auf. Die FDP sah die freie Arztwahl gefährdet.

Vera Dedanwala (SPD) stellte fest: „Diese Praxisgebühr ist gescheitert. Die SPD wollte diese Gebühr nicht. Wir mussten sie aber im Kompromiss akzeptieren.“ Sowohl Patienten, als auch Ärzte und in jüngster Zeit auch die Krankenkassen wollten die Praxisgebühr nicht und wehrten sich zunehmend dagegen. Die Patienten spürten den Bruch: „Weg von der Solidargemeinschaft der Gesunden und Kranken hin zur Alleinbelastung der Kranken.“ Außerdem seien die Ärzte nicht Einzahlerstelle für die Krankenkassen und diese wiederum sähen sich ein Quartal nach Einführung der Praxisgebühr vor dem Problem, säumige Gelder einziehen zu müssen. Die Gebühr als Steuerungsmodell im Gesundheitssystem funktioniere nicht und mit der Praxisgebühr sei überhaupt keine qualitative Verbesserung erreicht worden. Die ganzheitliche Behandlung der Patienten sei wichtig. Dazu bedürfe es eines Hausarztmodells, indem der Hausarzt als Steuermann im Gesundheitswesen fungiere.

Rudolf Henke (CDU) hob hervor, dass die CDU grundsätzlich jede Stärkung der hausärztlichen Versorgung unterstütze, verwies aber darauf, dass die koordinierende Funktion der Hausärzte im Gesundheitswesen keine neue Erfindung sei und bereits in 80 Prozent der Fälle realisiert würde. Töne, die dazu führten, „aus einem potentiell nützlichen Modell die Vorstufe zum Ende der freien Arztwahl resultieren zu lassen“, müssten vermieden werden. „Patienten, die diese Lotsenfunktionen des Hausarztes wollen, sollen diese Funktion in Anspruch nehmen. Wer eine andere Lösung vorzieht, soll die Freiheit dazu behalten,“ so Rudolf Henke. Abschließend mahnte der Sprecher der CDU-Fraktion den Landtag, sich mit euphorischen Bewertungen einzelner Lösungsmodelle zurückzuhalten und abzuwarten, „welche unterschiedlichen Lösungen die Praxis hervorbringt“.

Dr. Jana Pavlík (FDP) erklärte in Richtung Koalition: „Sie merken jeden Tag mehr, dass die Bürger diese völlig misslungene Reform fast unisono ablehnen. Und jetzt versuchen Sie mit allen Mitteln, den Leuten dieses Reformmonster schmackhaft zu machen.“ Täuschung, Hinterlist, willkürliche Belastungen und immer neue Varianten den Bürger zu schröpfen, darin bestünden die rot-grünen Reformen, so die Sprecherin. Statt Kassenbeitragsenkung habe Rot-Grün durch die Praxisgebühr eine Beitragserhöhung eingeführt. Das Hausarztmodell betreibe die Entmündigung des Patienten. Den Bürgern und Patienten müsse die freie Wahl bleiben, denn sie seien in der Lage, den für sie günstigsten und besten Versorgungsweg zu finden.

Barbara Steffens (GRÜNE) meinte, ohne Frage sei die Praxisgebühr ein Problem; aber sie sei Ergebnis eines Verhandlungsprozesses. Die Sprecherin betonte, dass das Bundesgesetz von Beginn an Optionen enthalten habe, andere Modelle und Möglichkeiten zu erproben. Sie glaube nur, „dass nicht jedes Hausarztmodell per se begrüßenswert ist“. Die freie Arztwahl

sei aber nach wie vor möglich. Wichtig sei vor allem, ein qualitatives Hausarztmodell und kein Sparmodell zu schaffen. „Meines Erachtens sind wir als Landtag aufgerufen deutlich zu machen, was wir von einem solchen Modell erwarten. Wir wollen Gesundheitspolitik für die Menschen machen.“

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) verwies darauf, dass bei den gesamten Verhandlungen vorrangig das Ziel verfolgt worden sei, eine gezielte Behandlung der Patientinnen und Patienten zu erreichen. Ein Kernanliegen der Gesundheitsreform sei, durch eine Optimierung der Versorgungsstrukturen größere Patientenorientierung, mehr Transparenz, Qualitätssicherung und „integrierte Versorgungsstrukturen mit einer Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit“ zu erreichen. Dazu gehöre auch ein Hausarztmodell mit dem Hausarzt als Lotsen, so die Ministerin. 🗣️

Der Hausarzt als erste Anlaufstation des erkrankten Menschen soll teure Doppeluntersuchungen vermeiden, die Zahl der Besuche bei Fachärzten vermindern und damit mittelfristig zu Einsparungen im Gesundheitswesen führen. So jedenfalls die Befürworter des Hausarztmodells. Andere dagegen sehen die Freiheit der Arztwahl gefährdet und setzen den Einspareffekt wesentlich geringer an.

Foto: Schälte



Deutsche Bahn soll für Verspätungen haften

Verbraucherschutz: Landtag fordert mehr Rechte für Kunden

Viele Züge haben Verspätung. Die Kunden sind verärgert. Zum wiederholten Male beschäftigte sich der Landtag mit den Verspätungen der Bahn. Alle Fraktionen waren einig, dass die Kunden in diesen Fällen Anspruch auf Schadensersatz haben. Grundlage der Diskussion war ein Antrag der FDP (Drs. 13/5333) sowie ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 13/5369).

Christof Rasche (FDP)

Christof Rasche (FDP) warf der Bahn eine „Unternehmenspolitik nach Gutsherrenart“ vor. Kundenorientierung und Qualität des Schiennahverkehrsangebots der Bahn müssten nachhaltig verbessert werden. Er sprach sich dafür

aus, den Paragraphen der Eisenbahn-Verkehrsordnung, der die Bahn von jeglichen Haftungen für Verspätungen oder Ausfall befreit, über eine Bundesratsinitiative aufzuheben.

Karl-Heinz Haseloh (SPD) äußerte die Hoffnung auf eine schnelle Einigung aller Fraktionen, wenn es um die Stärkung der Rechte von Bahnkunden gehe. Dies könne grundsätzlich erst durch mehr Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr sowie auch im Fernverkehr erreicht werden. Entscheidende

Voraussetzung hierfür sei eine Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn AG.

Horst Westkämper (CDU) begrüßte die Initiative der FDP, die Rechte der Bahnkunden zu stärken. Die derzeitigen Regelungen für die Entschädigung von Bahnkunden bei Verspätungen seien nicht mehr zeitgemäß. „Was wir dringend brauchen, ist ein gesetzlich untermauerter Anspruch statt Kulanz.“ Dies müsse insbesondere auch für den Nahverkehr gelten.

Peter Eichenseher (GRÜNE) sprach sich ebenfalls dafür aus, den Haftungsausschluss für die Deutsche Bahn AG aufzuheben. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass Kunden als Bittsteller auftreten, wenn es um Schadensersatzansprüche gehe.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) erklärte, NRW finanziere in solchem Ausmaß die Umsätze der Deutschen Bahn, „dass wir beanspruchen dürfen, eine Verkehrsleistung angeboten zu bekommen, die wir in der politischen Verantwortung gegenüber unseren Fahrgästen rechtfertigen können“.

Verbraucherschutzministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte: Bahnkunden hätten ein Recht auf Schadensersatz, wenn Leistungen nicht erbracht worden sind. Statt aufwendiger Einzelfallprüfungen bei jeder Verspätung forderte sie Entschädigungs-Pauschalen.

Fotos: Schälte

Horst Westkämper (CDU)

Peter Eichenseher (GRÜNE)

Dr. Axel Horstmann (SPD)

Edmund Feuster (SPD)

Edmund Feuster (SPD) nannte den Anschluss des Flughafens Köln/Bonn an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn AG einen „Meilenstein“ für die Zukunftsfähigkeit des Airports und der gesamten Region. Gleichzeitig müsse die Anbindung an die Regionalexpresslinien verbessert werden.

Karl-Heinz Haseloh (SPD)

Bärbel Höhn (GRÜNE)

Oliver Keymis (GRÜNE) fasste die Ziele des rot-grünen Antrags zusammen: Es gehe um eine

Mehr Züge zum Flughafen Köln/Bonn

Verkehrsanbindung durch die Schiene soll verbessert werden

Eine bessere Zuganbindung an den Flughafen Köln/Bonn – das forderten die Koalitionsfraktionen (Drs. 13/5261) in der Plenarsitzung am 29. April. In der weiteren Beratung wird sich der Verkehrsausschuss damit beschäftigen.

bessere Verknüpfung der Verkehrsträger, die Vermeidung von Kurzstreckenluftverkehr und die Verlagerung vom Auto auf die Schiene. Die Ansprüche der Berufspendler müssten im Mittelpunkt aller Betrachtungen im Hinblick auf Fahrzeiten und Umsteigebedingungen stehen.

Gerhard Lorth (CDU) machte deutlich, dass seine Fraktion voll und ganz hinter der geplanten Anbindung des Köln/Bonn-Flughafens stehe. Gleichzeitig kritisierte er den Antrag der Koalitionsfraktionen: Rot-Grün schlage hier ein Angebot vor, das die Bahn aufgrund mangelnder Verkehrsinfrastruktur im Kölner Netz so gar nicht umsetzen könne.

Christof Rasche (FDP) appellierte mit Nachdruck an die Deutsche Bahn, ihre Zusagen und Verträge bei der Verkehrsanbindung des Flughafens Köln-Bonn auch einzuhalten. Bund, Land und der Flughafen selbst hätten über eine halbe Millionen Euro in den Ausbau der Infrastruktur investiert.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) versprach, die Landesregierung werde alles tun, um das gemeinsam formulierte Ziel „weitere Verbesserung der Flughafenankunft Köln/Bonn“ zu verwirklichen.

Auch sonntags künftig shoppen gehen?

Landtag debattiert über die Zukunft des Ladenschlussgesetzes

Die völlige Abschaffung des Ladenschlussgesetzes hat vor kurzem Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) vorgeschlagen. Auf Antrag der FDP diskutierte der nordrhein-westfälische Landtag Ende April in einer Aktuellen Stunde das Thema „Initiative zur Liberalisierung des Ladenschlusses unterstützen“.

Dr. Gerhard Papke (FDP) zeigte Sympathie mit dem Vorstoß des Bundeswirtschaftsministers: Wolfgang Clement vertrete mit seinem Wunsch, die Ladenschlusszeiten freizugeben, exakt die Position der Freien Demokraten. „Das Ladenschlussgesetz ist ein Symbol für die Reformschwäche in Deutschland geworden“, sagte Papke. Die Bürger sollten einkaufen und die Einzelhändler ihre Geschäfte öffnen können, wann sie wollen. Die Freigabe des Ladenschlussgesetzes sei ein wichtiger Beitrag, das Konsumklima aufzuheben und Arbeitsplätze zu sichern und sei weder unsozial noch familienfeindlich. Vielmehr handele es sich um eine der letzten Möglichkeiten des Einzelhandels, sich gegen die Konkurrenz von Tankstellen, Kiosken und Bahnhofshops zu wehren.

Marc Jan Eumann (SPD) wies darauf hin, wie kontrovers das Thema Ladenschluss derzeit in der Bevölkerung, unter den Politikern und innerhalb der SPD diskutiert werde. „Ich habe große Sympathie für den Vorstoß von Wolfgang Clement“, betonte Eumann. Jedoch seien die Gegenargumente nicht von der Hand zu weisen. So sei die Novellierung des Ladenschlusses auf Bundesebene in Bezug auf die Öffnungszeiten samstags bis 20 Uhr bei den Gewerkschaften mit Blick auf die Situation der Beschäftigten auf Ablehnung gestoßen. Eine Möglichkeit der Handhabung sehe er in lokalen oder regionalen Verabredungen, erklärte Eumann. Es gebe bereits so viele Ausnahmeregelungen, dass man sich fragen müsse, ob der, der nicht öffnen darf, nicht einen Wettbewerbsnachteil habe. Deswegen sympathisiere er mit einer flexibleren Regelung vor Ort.

Andrea Milz (CDU) sagte, die CDU vertrete seit Jahren eine klare Haltung zu diesem

Thema: „Weg von der Bürokratie an Werktagen, aber Hände weg von Sonn- und Feiertagen.“ Anders verhalte es sich da mit der Position der SPD, erklärte sie und verglich den Prozess mit dem Märchen von „Hans im Glück“. So wie Hans im Märchen immer das, was er hat, gegen etwas anderes eintauscht, so verhalte sich die SPD in puncto Ladenschluss, sagte Milz. So gehe immer mehr von der ursprünglichen Idee verloren. Am Schluss verliert Hans seinen Wetzstein und ist darüber ausgesprochen dankbar und glücklich. „Und Minister Clement? Der will jetzt auch alle Bedenken versenken und den Ladenschluss an Werktagen völlig freigeben“, bilanzierte sie. An die SPD gewandt: „Geben Sie sich einen Ruck, auch den letzten Ballast beim Ladenschluss abzuwerfen.“

Barbara Steffens (GRÜNE) sah in der aktuellen Debatte den ersten Schritt in die Richtung, auch den verkaufsfreien Sonntag aufzugeben. Das Ladenschlussgesetz solle die Interessen von Ge-

schäftsinhabern, Beschäftigten und Verbrauchern gegeneinander abwägen und einen Rahmen für soziales Zusammenleben setzen. Die oft gepriesenen positiven Folgen der Freigabe des Gesetzes seien zweifelhaft, so Steffens. So hätten die langen Samstage die Innenstädte nicht belebt, kleine und mittelgroße Geschäfte würden von der Regelung geschwächt, statt neuer Arbeitsplätze würden nur Niedriglohnstellen geschaffen und auch nicht mehr konsumiert. „Denn die Menschen haben nicht mehr Geld, das sie bereit sind auszugeben, auch nicht um 24 Uhr nachts“, so Steffens.

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) stellte klar, dass ihn die Vorschläge von Wolfgang Clement nicht erschreckten. Eine Diskussion über die Liberalisierung des Ladenschlusses sei wichtig, aber sie müsse vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und auf der Grundlage von Fakten geführt werden. Die Initiative Clements umfasse zwei Punkte, die der Möglichkeit, an Werktagen rund um die Uhr geöffnet zu haben und der Länderregelung der Öffnung an Sonn- und Feiertagen. Letzteres lehne er ab, doch unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus sei auch dies diskussions-

**Unsere
Öffnungs-
zeiten**
Der kundenfreundliche Service
für Sie:
Jetzt jeden Samstag bis
1800 Uhr
geöffnet!

**SAMSTAGS
BIS
20 UHR
GEÖFFNET!**

würdig, befand Schartau.

Generell sei darauf zu achten, dass die Ausnahmen nicht markanter werden als die grundsätzliche Regelung. Seine Ziele seien die Vereinfachung des Gesetzes, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels und die Gewährleistung des Arbeitnehmerschutzes.

Individuelle Lösungen bei den Ladenöffnungszeiten sind schon jetzt möglich. Fotos: Schälte

Richtlinie soll Umwelt schützen

Rechtssicherheit contra Bürokratieabbau

In zweiter Lesung hat der Landtag Ende April das Gesetz zur Umsetzung der UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung)-Änderungsrichtlinie im Land Nordrhein-Westfalen (Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 13/4784) mit den Stimmen von Rot-Grün und gegen CDU und FDP verabschiedet. Mit der Novelle werden das nordrhein-westfälische Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) aus dem Jahr 2001 und mehrere Fachgesetze angepasst.

Klaus Strehl (SPD) betonte, mit dem Gesetz des Landes würden die einschlägigen Vorgaben des EU-Rechts und des Bundesrechts umgesetzt. Das geschehe 1:1, weshalb die Opposition eigentlich zustimmen könnte. In NRW bestehe dringender Handlungsbedarf, weil man zusammen mit Rheinland-Pfalz das letzte Land sei, das die Vorgaben aus Brüssel und Berlin noch nicht in Gesetzesform gegossen habe.

Friedhelm Ortgies (CDU) bestritt dies: Wieder einmal habe das Höhn-Ministerium die Gelegenheit genutzt, um punktuelle Verschärfungen vorzunehmen. Das führe zu

Benachteiligungen der heimischen Wirtschaft – und die kosteten Arbeitsplätze. So trete das Gegenteil vom allseits beschworenen Ziel des Bürokratieabbaus ein. Die CDU werde nicht zustimmen.

Holger Ellerbrock (FDP) bedauerte auch, dass die Chance zur Verwaltungsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung – und damit zu einer flexibleren Auslegung geltenden Rechts – nicht genutzt wurde. Immer wieder sei in letzter Zeit betont worden, man werde in NRW die Vorgaben 1:1 umsetzen und nicht aufsatteln. Der vorliegende Gesetzestext sei jedoch so kompliziert, dass man schwer nachvollziehen könne, ob das nun stimme oder nicht.

Johannes Rimmel (GRÜNE) fand, hier gebe es Streit um des Streitens willen und nicht konkret um die Sache, sondern darum zu zeigen, „dass wir in Nordrhein-Westfalen in der Umweltpolitik die Schlimmsten sind“. Aber das stimme nicht. Darum sollten die anderen Fraktionen der „einfachen Umsetzung des Bundesrechts zustimmen“.

Die Rechte der Opfer weiter stärken

Opposition gehen die Vorschläge nicht weit genug

Zur Unterstützung der von der Bundesregierung eingebrachten Opferrechtsreform haben SPD und Grüne einen Antrag mit dem Thema „Opferschutz stärken – Rechte von Verletzten im Strafverfahren verbessern“ (Drs. 13/5324) vorgelegt. In direkter Abstimmung wurde der Antrag bei Enthaltung von CDU und FDP Ende April angenommen.

Hans-Willi Körtges (SPD) erinnerte an die Fortschritte, die seit dem Opferschutzgesetz von 1986 erreicht worden sind, etwa beim Täter-Opfer-Ausgleich. Aber es gebe noch einiges zu tun. Mehrfachvernehmungen, vor allem traumatisierter Opfer von Straftaten, müssten vermieden werden. Es müssten die Möglichkeiten der Nebenklage und die Stellung von so genannten Opferanwälten verbessert werden. Gestärkt werden müsse auch das Informationsrecht der Opfer im Strafverfahren.

Sybille Haußmann (GRÜNE) wandte sich an die Staatsanwaltschaften: Die sollten das Instrument des Täter-Opfer-Ausgleichs stärker unterstützen. Den Gerichten rief sie in Erinnerung, dass Opfer – auch als Zeugen – Rechte haben und besser betreut werden müssten. Das alles brauche, bei Entlastungen an anderer Stelle, nicht zu mehr Kosten zu führen.

Wolfgang Schmitz (CDU) kündigte Enthaltung an; man stehe dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber. Natürlich müsse der Opferschutz ausgebaut werden, „aber das, was



*Die engen Beziehungen zwischen Österreich und Nordrhein-Westfalen dokumentierte der Düsseldorf-Besuch des österreichischen Botschafters Dr. Christian Prosl (2.v.l.), bei dem er sich in das Besucherbuch des Landtags eintrug. Zuvor hatten der Gastgeber, Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.), und der Botschafter über Themen wie die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder, Ausbildungssituation und Jugendarbeitslosigkeit, Wirtschaftspolitik und neue Medien und über die Zukunft Europas gesprochen. Begleitet wurde Prosl von der Gesandten Dr. Senta Wessely-Steiner (2.v.r.) und von der Botschaftsrätin für Handelsangelegenheiten, Dr. Christiane Zwettler (r.).
Foto: Schälte*

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erinnerte daran, dass der Gesetzgeber bei dieser Umsetzung einen äußerst begrenzten Spielraum gehabt habe. Der Streit gehe um Kleinigkeiten, „die Umsetzung war im Wesentlichen vorgegeben“. Man habe Rechtssicherheit erreichen wollen; was nütze Bürokratieabbau, wenn man hinterher verklagt werde, wollte die Ministerin von der Opposition wissen.

SPD und Grüne mit ihrem Antrag vorlegen, ist einfach zu wenig“. Es handele sich um ein seit Jahren diskutiertes Sammelsurium ohne konkrete Lösungsvorschläge.

Jan Söffing (FDP) erläuterte den Entschließungsantrag seiner Fraktion. Den habe man vorgelegt, weil der rot-grüne Antrag nicht weit genug gehe und ein wichtiger Punkt darin, das Jugendstrafverfahren, fehle. Gerade hier sei es nötig, dem Jugendlichen vor Augen zu führen, was er mit seiner Straftat angerichtet hat.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) machte auf die Fortschritte aufmerksam, die in Sachen Opferschutz nicht nur im Justiz-, sondern auch im Polizeibereich im Land erreicht worden sind, etwa dass es in NRW in jeder Kreispolizeibehörde einen Opferschutzbeauftragten gibt. Der Koalitionsantrag berücksichtige, dass man das Wünschbare mit dem Machbaren und Finanzierbaren in Einklang bringen müsse. In ihm stehe nur Richtiges, darum sollte er breite Unterstützung finden.

Opposition ermuntert Steinbrück: „Sagen Sie Nein!“

Schlagabtausch über die geplante Ausbildungsplatzumlage

Die Opposition ist mit ihrem Versuch gescheitert, den Ministerpräsidenten des Landes auf ein Nein zur in Berlin geplanten Ausbildungsplatzabgabe zu verpflichten. Regierungschef Peer Steinbrück (SPD) teilte im Landtag mit, NRW werde seine Haltung zu diesem Gesetz erst festlegen, wenn der Bundestag darüber entschieden habe und wenn im Juni oder Juli klar sei, über was der Bundesrat zu befinden habe. Wenn die Opposition verlange, dass er zu einem noch nicht vorliegenden Gesetzentwurf Stellung beziehe, dann wolle sie eigentlich, „dass ich mich schon bekreuzige, bevor es gedonnert hat“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt den Koalitionsfraktionen vor, mit ihrem Versuch, die rot-grünen Gegensätze in Sachen Ausbildungsplatzumlage zu überbrücken, seien sie drauf und dran, „die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten irreparabel zu beschädigen“. Aber es gehe wohl darum, dem SPD-Parteivorsitzenden Müntefering „bei seiner ersten politischen Initiative eine krachende Niederlage zu ersparen“. Die Abgabe werde ein „Monstrum“ und sich zur Katastrophe entwickeln, die auf dem Rücken der Betriebe und der jungen Leute ausgetragen werde.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, zitierte ablehnende Äußerungen des Ministerpräsidenten zur Abgabe und sagte: „Wir fordern Sie auf, auch am Ball zu bleiben und dieser gigantischen Umverteilungsmaschinerie Einhalt zu gebieten!“ Es werde ein bürokratisches Monster aufgebaut und Städte und Gemeinden würden mit zusätzlichen Millionenbeträgen belastet, die zur Kürzung bei den Sozialleistungen führen werden. Nach Wolfs Überzeugung geht es um einen Ablasshandel, da dem Freikauf von Ausbildung Vorschub geleistet wird: „Am Ende steht möglicherweise eine Verstaatlichung der Berufsausbildung.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, kontierte: Der Opposition gehe es nicht um die Zukunft der jungen Leute – deswegen mache sie auch keinen Vorschlag –, sondern um taktische Spielchen und darum, „irgendwie eine Abstimmungsniederlage

leidenschaftliche Diskussion in den Reihen der Koalition. Wenn es zum Gesetz komme, dann erwarte das Land, dass Branchenlösungen Vorrang haben, auf die sich die Tarifparteien einigen. Moron: „Wir wollen, dass der regionale Konsens eine Ausbildungsumlage ersetzen kann.“

Barbara Steffens (GRÜNE) fand, bisher hätten alle freiwilligen Vereinbarungen nicht gegriffen, darum sei es richtig, ein Berufsausbildungssicherungsgesetz auf den Weg zu bringen. Dieses Gesetz sollte freiwillige Lösungen ermöglichen, aber die müssten greifen und die Unternehmen sollten in höherem Umfang Ausbildungsstellen zur Verfügung stellen. Schön wäre es, wenn jetzt durch die Unternehmen ein Ruck ginge und freiwillige Lösungen zum Tragen kämen. Wenn nicht, dann müsse man das Gesetz im Rücken haben, urteilte sie.



Fotos: Schälte

hinzuzaubern, mit der Sie den Ministerpräsidenten in Schwierigkeiten bringen“. Es gehe schließlich um bis zu 40.000 junge Leute ohne Ausbildungsplatz, für die müsse man die beste Lösung finden – und in dieser Sache gebe es eine zum Teil

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) lobte ebenfalls den Ausbildungskonsens im Lande, bei dem engagierte und konstruktive Partner zusammenwirken. Aber das reiche nicht aus: Die konjunkturelle Entwicklung lasse das Angebot an Ausbildungsplätzen schrumpfen, während die Zahl der Schulabgänger derzeit und noch in den nächsten Jahren steige. Der Minister: „Im Vergleich zum Vorjahr gab es Ende März in Nordrhein-Westfalen fünf Prozent mehr Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz, aber 3,1 Prozent weniger Angebote.“ Also bedürfe es nicht einer einmaligen Kraftanstrengung, sondern einer ganzen Reihe struktureller Veränderungen und Reformen, „wenn wir unser bewährtes duales System zukunftsicher gestalten und gleichzeitig den jungen Menschen echte berufliche Perspektiven eröffnen wollen“. Hier sollte sich die Opposition an der Debatte um die Verbesserung der Systeme und Wege beteiligen, anstatt sie zu personalisieren und auf „Showdowns“ zu reduzieren.



Dr. Ingo Wolf (FDP)

Harald Schartau (SPD)

VON MANFRED DEGEN (SPD)

Die berufliche Bildung in Deutschland, die leider im Schatten der bildungspolitischen Diskussion und des öffentlichen Interesses steht, hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten bewährt. Das duale System, das Zusammenwirken der beiden Ausbildungsorte Betrieb und Berufsschule hat hohe Ausbildungsqualität garantiert und Jugendarbeitslosigkeit relativ gering gehalten. Die Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb war lange Zeit die Regel. Durch fehlende Ausbildungsplätze gerät das duale System in Gefahr, denn es lebt davon, dass beide Partner, Wirtschaft und Staat, ihrer Verpflichtung gegenüber der Jugend gerecht werden. Mit dem Berufskolleg werden die Bildungsangebote sowohl im berufsqualifizierenden wie auch im allgemein bildenden Bereich ausgebaut. Gerade in der Krise bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen zeigt sich das Berufskolleg in NRW als ein modernes und flexibles System, das allerdings die Grenzen der Belastbarkeit erreicht hat. Sollte die Verlagerung der Berufsausbildung und der damit verbundenen Kosten von der Wirtschaft auf den Staat weitergehen, wird das duale System ernsthaft in Frage gestellt. Die Erkenntnis, dass die Auszubildenden von heute die Facharbeiter von morgen sind, erhält im Hinblick auf die demografische Entwicklung eine zusätzliche Brisanz. Unser System der beruflichen Bildung ist gut und zeitgemäß. Es lebt aber davon, dass beide



Partner – Wirtschaft und Staat – in gleichem Maß ihrer Verantwortung gegenüber der Jugend und der wirtschaftlichen Zukunft gerecht werden.

VON BERNHARD RECKER (CDU)

Das System berufliche Bildung hat sich bewährt – auch im internationalen Wettbewerb! Gerade die Möglichkeit, auch allgemeinbildende Schulabschlüsse im Rahmen einer Berufsausbildung zusätzlich erwerben zu können, macht die Berufskollegs zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Schulsystems. Berufliche Bildung und Ausbildung ist aber nur dann sinnvoll, wenn aus den Schulen ausbildungsfähige Jugendliche entlassen werden und ausreichend Lehrstellen zur Verfügung stehen. Das ist in Nordrhein-Westfalen leider nicht der Fall. Hier hat die Landesregierung versagt. Wenn fast 25 Prozent der Jugendlichen am Ende der Pflichtschulzeit nicht ordentlich lesen und rechnen können, dürfen sie nicht allein gelassen werden. Berufskollegs dürfen hier nicht als Reparaturbetriebe für schlechte schulische Vorleistungen missbraucht werden. Gerade Hauptschulen sind zu lange vernachlässigt worden – wir müssen sie stärken. Wir brauchen eine stärker übergreifende Ausbildung, um Ressourcen sinnvoll zu nutzen. Zudem müssen weitere Qualifizierungsmodule für mehr praktisch begabte Jugendliche sowie zusätzliche Stützkurse eingeführt werden. Jugendliche, die zu einer vollen Berufsausbildung nicht die Kraft und das Können haben, bleiben ansonsten ohne berufliche Qualifizierung – das können wir uns nicht leisten.



VON RALF WITZEL (FDP)

Deutschland war über Jahrzehnte führend in der beruflichen Bildung. Wir müssen heute das System dringend modernisieren, um es zu stärken und den Anschluss international nicht zu verpassen. Mit dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz hat das Land NRW zu Recht dokumentiert, dass lebenslanges Lernen immer wichtiger wird. Wir brauchen daher kürzere Erstausbildungszeiten und einen früheren Berufseinstieg, um so mehr Freiräume für fortlaufende berufliche Qualifizierung zu schaffen. Unsere Berufsschulen haben in den letzten Jahren eine große Anpassungsfähigkeit bewiesen. Es ist jetzt an der Zeit für die Politik, das duale System der Berufsausbildung mit seinem Mix aus betrieblicher Praxis und schulischer Standardsicherung zu stärken und dem Trend zu immer mehr vollzeitschulischen Berufswarteschleifen Einhalt zu gebieten. Wir stärken die berufliche Bildung auch als attraktive Alternative zum Studium, wenn wir den zweiten Berufsschultag mit Fächern wie Sport und Religion abschaffen, der heterogenen Schülerschaft differenziertere Förderangebote für beide Enden auf der Leistungsskala anbieten, internationale Inhalte ausbauen, neue Berufsbilder schneller einführen und Ausbildungszeiten verkürzen. Leistungsstarke Schüler müssen mehr gefordert und gefördert werden. Umgekehrt brauchen wir für Leistungsschwache Kurzausbildungsgänge und Teilleistungszertifikate, damit weniger Jugendliche im System scheitern. Eine Modularisierung ist der richtige Weg. Wir müssen das neue Berufsbildungsgesetz als Chance für eine Modernisierung und Qualitätsverbesserung nutzen.



VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Das duale Ausbildungssystem ist noch immer ein Erfolgsmodell. Wer bei uns erfolgreich eine Ausbildung absolviert, ist gut vorbereitet auf einen Arbeitsmarkt, der neben soliden fachlichen Kenntnissen auch die Fähigkeit zur Weiterqualifizierung erfordert. Nichtsdestotrotz müssen beide Teile der Ausbildung, die schulische Bildung an den Berufskollegs und die Ausbildung im Betrieb, regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden: Berufskollegs müssen in die Lage versetzt werden, Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt schnell aufzugreifen. Dazu muss das Land laufend aktuelle Lehrpläne und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in der notwendigen Anzahl zur Verfügung stellen – bedarfsgerecht wurden im verabschiedeten Doppelhaushalt für die Berufskollegs mehr Lehrstellen geschaffen. Im Ausbildungskonsens wurden zudem zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern. Hierzu zählen die systematische Berufsorientierung und die Berufswahlvorbereitung an den Schulen, die Förderung von Verbundausbildungen ebenso wie die Ausweitung der Stufenausbildungen. Doch alle Maßnahmen des Landes können letztlich nicht die fehlenden Ausbildungsplätze ausgleichen. Weniger als ein Drittel der ausbildungsfähigen Unternehmen bilden überhaupt noch aus. Dabei ist die berufliche Erstausbildung im ureigenen Interesse der Unternehmen. Das hohe Ausbildungsniveau ihrer Fachkräfte ist einer der wichtigsten Wettbewerbsvorteile deutscher Unternehmen in der globalisierten Welt. Wir legen die Grundlagen dafür, dies zu erhalten – im Sinn der Jugendlichen und der Unternehmen.



Wer macht das Rennen in NRW?

Essen, Köln und Münster stellen sich dem Wettbewerb

Köln als Domstadt des Rheinlands, Essen die heimliche Hauptstadt des Ruhrgebiets und Münster die Provinzialhauptstadt Westfalens. Drei unterschiedliche Konzepte aus drei Städten, die verschiedener nicht sein könnten. Anfang Mai präsentierten die Oberbürgermeister der nordrhein-westfälischen Kandidaten für den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010 ihre Bewerbungen dem Kulturausschuss unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Brigitte Capune-Kitka (FDP).



Daumen hoch für NRW – Fritz Schramma (Köln), Dr. Renate Düttmann-Braun, Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Berthold Tillmann (Münster) und Dr. Wolfgang Reiniger (Essen) zeigen sich optimistisch, dass Europas Kulturhauptstadt im Jahr 2010 in unserem Bundesland liegt.
Foto: Schälte

Um Erfolg zu haben muss man anders sein“, mit diesem Zitat begann Essens Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Reiniger (CDU) die Präsentation. Die Stadt und mit ihr das gesamte Ruhrgebiet bewerben sich mit einem neuen Modell von Europäischer Kulturhauptstadt. Das Ruhrgebiet als Vorbild für Europa im Wandel. „Das Ruhrgebiet ist Europa“, so der Oberbürgermeister. Menschen aus über 150 Nationen prägten das Städtebild in der Region. Dies bringe besondere Begabungen und Haltungen hervor. Toleranz, Gelassenheit und die Fähigkeit, vermeintlich Unvereinbares zu vereinbaren gehörten dazu. Reiniger betonte, hier seien zentrale Kapitel der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, sowie der Kunst- und Kulturgeschichte geschrieben worden. Das Kulturalphabet des Ruhrgebiets reiche von A wie Aalto-Theater bis Z wie Zollverein. „Mit dem Brückenbauen haben wir schon längst begonnen. Die Kultur gestaltet den Wandel und der Wandel die Kultur. Das bringt auf den Punkt, was wir kommunizieren wollen“, so der Essener Oberbürgermeister.

„Münster – City of learning; Eine Stadt der Bildung, der Wissenschaft, der Forschung und

Entwicklung. Eine Stadt in Bewegung, die einerseits auf eine alte Geschichte zurückblicken kann und andererseits durch die extrem junge Bevölkerung jugendlich geblieben ist“, so skizzierte Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann (CDU) seine Stadt. Münster bewerbe sich als kulturprägte Regionhauptstadt für das Europa der Regionen. Dabei gehe es nicht um Höher, Schneller, Weiter, sondern um die Entwicklung einer spezifischen europäischen Qualität auf den Grundlagen der besonderen Qualitäten Münsters und des Münsterlandes, so der Oberbürgermeister. Besonders stolz sei die Stadt auf ihr enormes Kulturangebot mit über 30 Museen, mehr als hundert Chören und Orchestern. 80 Prozent Unterstützung aus der Bürgerschaft, fraktionsübergreifender Rückhalt, Sponsoring von Seiten der Wirtschaft und die Zusammenarbeit mit anderen Städten zeigten, dass Münster viele Anhänger habe. „Münster bewirbt sich als Stadt des Dialogs,

als Kultur-Hauptstadt für Europa 2010“, so der Oberbürgermeister.

„Wir leben das. Wir wollen das.“ – mit diesem Slogan geht Köln ins Rennen. Menschen aus 181 Staaten der Welt seien in der Dommetropole zu Hause und symbolisieren die enorme kulturelle Vielfalt der Stadt. Dies zeige sich auch in der Vielzahl der Museen, dem Kranz der romanischen Kirchen und dem Kölner Dom als Schatzhaus abendländischer Kultur. Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) sagte weiter, Köln sei ein internationaler Knotenpunkt für Menschen, Waren und Ideen, Sender und Empfänger für Einflüsse und Ideen und verbinde kulturelles Erbe mit

künstlerischer Avantgarde. „Im Miteinander von fremdem und eigenem Blick lebt Köln europäische Kultur“, so Schramma.

Rückhalt komme dabei aus Düsseldorf, Aachen, Bonn, Brühl und Leverkusen. „Egal ob wir weiterkommen oder nicht, wir werden Brücken schlagen“, versprach der Kölner Oberbürgermeister.

SYNERGIEEFFEKTE

Richard Blömer (CDU) war erfreut zu hören, dass die Bewerberstädte sowohl Hochschulen, als auch Kinder- und Jugendeinrichtungen in ihre Konzepte mit einbeziehen. Oliver Keymis (Grüne) erkundigte sich nach dem Erfahrungsaustausch der Bewerber mit vorhergehenden Kulturstädten und Manfred Böcker (SPD) wollte wissen, ob die Bewerberstädte auch an den Synergieeffekt für NRW gedacht haben. Den regen Erfahrungsaustausch mit ehemaligen Kulturhauptstädten konnten die drei Bewerber bejahen. Ebenso waren sich alle einig, dass NRW ein Kulturland mit den Städten als Partner ist.

Die Entscheidung, welche der drei Bewerberstädte für NRW auf Bundesebene antreten wird, fällt am 20. Mai im Kulturministerium des Landes. **K.G.**

„Endlich reisen, wohin ich möchte!“

In Nordrhein-Westfalen leben 110.000 Menschen aus den neuen EU-Beitrittsländern

Europa - Genug gewartet! Blick nach vorn! Zehn neue Länder sind am 1. Mai der Europäischen Union beigetreten. Über jedes Land gibt es Anekdoten: Die Esten sind die wahren Handy-Freaks, die Letten knabbern noch an ihrer Vergangenheit mit den russischen Besitzern, die Litauer sind gläubige Katholiken, die Polen küssen ihren Frauen die Hand, die Zyprioten sind gespalten, die Malteser lieben Schlagermusik, die Tschechen trinken gerne Bier, die Ungarn lieben Operetten, die Slowenen setzen auf Volksentscheide und die Slowaken arbeiten auch sonntags. Doch was haben die zehn neuen Länder mit Nordrhein-Westfalen zu tun. Fakten hat Landtag intern zusammen getragen.

neue Beschäftigung ausgehen, und zwar nicht nur in den Beitrittsländern, sondern auch in NRW.“ Allein von 1998 bis 2003 seien die Ausfuhren von NRW in die Beitrittsländer von 7 Milliarden Euro um 40 Prozent auf rund 9,8 Milliarden Euro gestiegen. Die wichtigsten Exportgüter sind dabei Maschinen, Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugteile sowie Eisen-, Metall- und Stahlerzeugnisse. Die Importe NRW aus diesen Ländern liegen etwa auf dem gleichen Niveau. Die enge Verbindung des Landes mit den neuen EU-Beitrittsstaaten zeigt sich auch anhand der Anzahl der Direktinvestitionen nordrhein-westfälischer Unternehmen in den neuen Märkten. Die wichtigsten Zielländer sind hier Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Nach einer von der

Als Anita Ozarowski 1972 nach Deutschland einreiste, war sie staatenlos. Die damals 18-Jährige kam als Spätaussiedlerin mit ihren Eltern und zwei Brüdern von Pommern nach Deutschland. Vor allem die Reise im Zug über die Grenze der DDR hat sich in ihr Gedächtnis gebrannt. „Der Zug wurde verriegelt und die Zollbeamten mit ihren schweren Stiefeln marschierten mit ihren Hunden durch“, erinnert sie sich an diesen bedeutenden Moment. Das Geräusch hat sie heute, 32 Jahre danach, ab und zu noch in den Ohren.

Das Gefühl der Freiheit ist geblieben. „Ich kann einfach nach Polen fahren, wann ich will und muss niemandem darüber Rechenschaft ablegen“, sagt Anita Ozarowski, die heute in Duisburg als Dolmetscherin und Sekretärin arbeitet. Seit dem Beitritt Polens zur EU öffnen sich für sie jedoch viele weitere Türen.

Insgesamt leben 110.000 Menschen aus den zehn neuen EU-Beitrittsländern in Nordrhein-Westfalen. Die meisten von ihnen stammen aus Polen (85.500). Rund ein Fünftel (22.239) der hier Lebenden hat eine Arbeitsstelle; davon arbeiten 2.650 im Bereich der

Landwirtschaft,

2.604 sind in Dienstleistungsberufen tätig und weitere 2.146 im Bereich Verwaltung und Büro, hat das Landesarbeitsamt ausgerechnet. Zudem meldet die Handwerkskammer NRW 147 registrierte Betriebe, die einen Chef aus den neuen EU-Staaten haben. 81 der Betriebe sind im Bau- und Ausbauhandwerk gemeldet. Auffällig dabei: 83 Prozent der Unternehmer sind nicht im Besitz eines Meisterbriefes.

Einer von ihnen ist Daniel Gasparic. Vor einem Jahr gründete er in Deutschland geborene Slowene seine eigene Firma in Kamp-Lintfort, einen Kabelverlegerbetrieb. Dass er keinen Meisterbrief hat, macht die Arbeit für ihn teilweise schwierig. „Ich darf zwar die Kabel verlegen, aber nicht anschließen“, erzählt Gasparic, der gerne einen Elektrobetrieb gründen würde: „Ich hoffe, dass sich Deutschland im Zuge der EU-Erweiterung ein Beispiel an anderen EU-Ländern nimmt und die Gesetze bezüglich der Meisterbetriebe etwas lockert.“

NRW-Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) sieht in der EU-Osterweiterung vor allem Chancen für die Wirtschaft im Land: „Von dem erweiterten Binnenmarkt werden positive Impulse für mehr Wirtschaftswachstum und

Landesregierung durchgeführten Unternehmensbefragung im Herbst 2003 engagieren sich bislang 16 Prozent der nordrhein-westfälischen Firmen in Mittel- und Osteuropa. Führend ist das produzierende Gewerbe, gefolgt vom Handel. Ein Viertel der befragten Firmen erwartet, dass sie durch die Erweiterung der EU ihre Exporte in die neuen Mitgliedsländer weiter steigern können.

Düsteren Prognosen einer verstärkten Abwanderung von Unternehmen in den Osten erteilt das Wirtschaftsministerium eine deutliche Absage. Neue Arbeitsplätze, die NRW-Unternehmen in den Beitrittsländern schaffen, führten nicht zwangsläufig zu Arbeitsplatzverlusten bei uns. Im Gegenteil, indem NRW-Firmen die Kostenvorteile nutzen, neue Märkte erschließen, sich an Absatz- und Produktionsunternehmen beteiligen und in Forschung und Entwicklung enger kooperieren, würden sie auf lange Sicht ihre Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb stärken, ist der Minister überzeugt.

Zahl der in NRW lebenden Menschen aus den zehn neuen EU-Mitgliedsländern

Estland	800
Slowenien	3.650
Lettland	2.350
Ungarn	7.200
Litauen	2.700
Malta	100
Polen	85.500
Zypern	200
Slowakei	2.400
Tschechische Republik (seit 1990)	2.950
Tschechoslowakei (bis 1989)	2.150

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW

Spektakuläre Einzelfälle von Unternehmensverlagerungen, wie jüngst bei Siemens oder Philips schlugen auch im Landtag Alarm. Im Rahmen einer Aktuellen Stunde „Letzte Ausfahrt Ausland: NRW muss drohender Deindustrialisierung wirksam begegnen“, wurde Ende März das Problem im Plenum diskutiert. Auf Antrag der CDU kam die Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung. Die Befürchtung: dass Produktionen u.a. von Siemens aus NRW nach Ungarn verlagert werden sollen. Dabei geht es um 2.000 Arbeitsplätze, die in Nordrhein-Westfalen gefährdet sind.

PARLAMENTSDEBATTEN

Immer wieder beschäftigte sich das Landesparlament mit der EU: Mit der aktiven Mitgestaltung Nordrhein-Westfalens an der Reform der europäischen Struktur- und Regionalpolitik setzte sich der Landtag bereits im Dezember 1996 auseinander. Die Beteiligung des Landes am EU-Erweiterungsprozess beschloss der Landtag im April 2000. Im Mai 2003 kamen im Rahmen einer Großen Anfrage die Folgen der EU-Erweiterung für Nordrhein-Westfalen auf die Tagesordnung.

Dabei ging es um alle Bereiche: von der Wirtschaft über die Rechtspolitik bis hin zum Klimaschutz.

Wenn Martin Bartella an Politik denkt, bekommt er ein mulmiges Gefühl im Magen: „Die

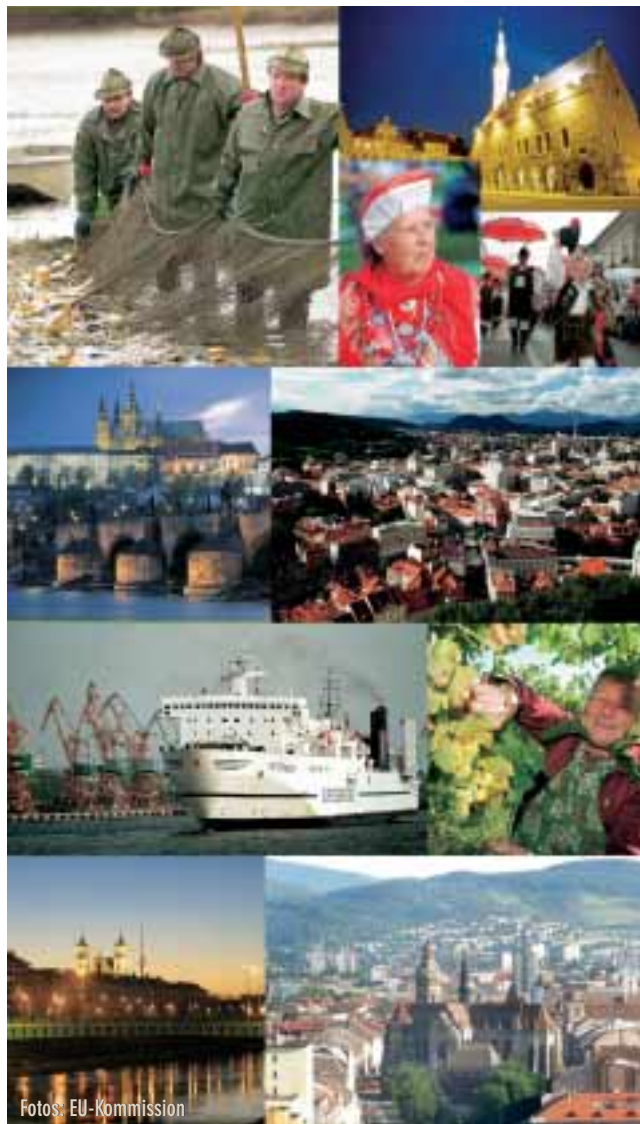
Wirtschaftslage ist nicht gut. Ich habe jeden Tag Angst, dass ich meinen Arbeitsplatz verlieren könnte.“

Bartella ist Bergmann, Aufträger im Bergwerk West in Kamp-Lintfort. Der 38-Jährige reiste als 13-jähriger Junge mit seinen Eltern aus Zabrze (Hindenburg) in Polen über Friedland und Unna-Massen nach Moers. Das war im März 1970. „Meine Familie ist deutschstämmig. Ich bin Schlesier“, sagt er stolz. Und jeder Mann in der Familie arbeitete im Bergwerk. Sein Vater war Steiger. So fing der Sohn 1982 seine Lehre unter Tage an. Bartella ist einer von zahlreichen Bergmännern, der aus den EU-Osterweiterungsstaaten kommt, eine deutsche Staatsangehörigkeit hat und bei der Deutschen Steinkohle (DSK) arbeitet. Geht man ausschließlich nach der Staatsangehörigkeit, zählt die DSK lediglich fünf Bergmänner aus Polen, vier aus Slowenien, drei aus Ungarn und einen aus Tschechien. Die Freude über die EU-Osterweiterung kann Martin Bartella verstehen: „Das stundenlange Warten an der Grenze zu Polen ist jetzt endlich vorbei.“ Seine polnischen Freunde freuen sich schon auf den nächsten Besuch.

Freundschaftliche Kontakte pflegen auch viele Städte in NRW mit den zehn neuen Ländern. Erste zarte Bande wurden zwischen Lünen und Cammin (Pommern) bereits nach Ende des Zweiten Weltkriegs geknüpft, die Städtepartnerschaft wurde dann endgültig am 5. Mai 2000 besiegelt. Duisburg und Vilnius schufen 1985 Fakten. Nächstes Jahr feiert die Ruhrgebietsstadt dann auch 20-jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum mit der litauischen Stadt. Wuppertal vertiefte die Kontakte zu Kosice in Slowenien bereits 1980. Insgesamt verbinden Nordrhein-Westfalen 130 freundschaftliche Kontakte und davon 85 Städtepartnerschaften mit den neuen Nachbarn, die meisten mit Polen - insgesamt 56, 14 mit Ungarn.

Ein reger Austausch existiert auch zwischen den Hochschulen in NRW und den neuen Beitrittsländern. Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung zählte bereits Ende 2002 insgesamt 216 Kooperationen. Allein 107 mit Polen, 42 mit Ungarn und 23 mit Tschechien. Auch auf Schulebene passiert eine Menge: 402 Schulen aus NRW vertiefen ihr Interesse für die neuen EU-Länder mit Partnerschaften. 226 Schulen zieht es nach Polen, 60 nach Ungarn, 28 nach Litauen.

Für Kosmetikerin Andrea Werner erfüllt sich mit der EU-Osterweiterung ein Traum: „Jetzt kann meine Tochter endlich unbürokratisch nach Deutschland reisen und als Studentin während der Ferien hier jobben.“ Andrea Werner lebt erst seit knapp einem Jahr in Moers. Dort hat sie ein Kosmetik-Unternehmen und beschäftigt eine Mitarbeiterin. Die 39-Jährige ist der Liebe wegen nach Deutschland gekommen: „Ich habe meinen Mann in Spanien kennen gelernt, dort hatte ich auch ein Kosmetik-Unternehmen. Bis wir heiraten konnten, mussten wir viel Papierkram erledigen.“ Andrea Werner wurde in dem kleinen Dorf Lucenec in Slowenien in der Nähe der ungarischen Grenze geboren. Dort leben auch ihre Tochter und ihre Tante. Ihre größte Hoffnung, die sie mit der EU-Osterweiterung verbindet: „Weniger Bürokratie.“



Fotos: EU-Kommission

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten aus den neuen EU-Beitrittsländern

Land	Anzahl der in NRW Beschäftigten
Estland	134
Slowenien	857
Lettland	293
Litauen	402
Malta	26
Polen	17.777
Slowakei	465
Tschechische Republik (seit 1990)	897
Tschechoslowakei (bis 1989)	6
Ungarn	1.345
Zypern	37

Quelle: Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit

Autoren: Nicole Bolz, Katja Goldberg und Stephanie Hajdamowicz

„Wir verstehen uns nicht als Missionare“

Landtag NRW pflegt intensive Kontakte mit fünf EU-Beitrittsländern

Mit dem 1. Mai sind zehn neue Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa in das „Haus Europa“ eingezogen. Mit fünf dieser Länder unterhält der Landtag intensive Kontakte durch Parlamentariergruppen: Landtag intern sprach mit den Vorsitzenden der Deutsch-Slowakischen, Dr. Frank Freimuth (SPD), der Deutsch-Baltischen, Jan Söffing (FDP), und der Deutsch-Polnischen, Edith Müller (GRÜNE).

Die EU-Osterweiterung beschleunigt den Aufbau der parlamentarischen Strukturen und der Demokratie in den neuen Beitrittsländern. Was haben die Parlamentariergruppen des Landtags dazu geleistet?

Dr. Freimuth: Im Rahmen ihrer Möglichkeiten viel. Wir stehen in einem regen Kontakt mit unserem Partnerland. Meine Stellvertreterin im Vorsitz der Parlamentariergruppe, Jutta Appelt, und ich waren noch vor kurzem in der Slowakei. Am Beispiel der deutsch-slowakischen Parlamentariergruppe lässt sich belegen, dass fast alle der ihr angehörenden Abgeordneten vielfältige und direkte Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen des slowakischen Parlaments aufgebaut und sich sehr aktiv für die Aufnahme der Staaten Ostmitteleuropas in die Europäische Union eingesetzt haben. An den Treffen der deutsch-slowakischen Parlamentariergruppe hier im Düsseldorfer Landtag nehmen außerdem zahlreiche kompetente Persönlichkeiten aus unterschiedlichsten Lebensbereichen teil, die für die

engagierte Zusammenarbeit mit der Slowakei stehen. Besonders gefreut hat uns natürlich der Besuch des Staatspräsidenten der slowakischen Republik bei Parlamentspräsident Ulrich Schmidt und uns im vergangenen Jahr.

Söffing: Neben Wirtschaft und Kultur war auch Politik ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wenn man versucht, sich den osteuropäischen Ländern zu

nähern, setzt das voraus, dass man sich auch mit der Denkweise der Menschen vertraut macht. Dazu hatten wir uns Politiker aus den Beitrittsländern eingeladen. Zum einen hatten wir Lennert Meri, den ehemaligen estländischen Staatspräsidenten, zu Gast, zum anderen Vytautas Landsbergis, den ehemaligen Staatspräsidenten aus Litauen. Es war für die Parlamentariergruppe hochinteressant, aus erster Hand zu erfahren, wie die beiden das vorherige Regime, den Umbruch und schließlich auch den demokratischen Neubeginn erlebt haben. Das war überhaupt die Basis dafür, um politische Hilfestellung leisten zu können, auch wenn dies bei einer kleinen Parlamentariergruppe nur sehr beschränkt möglich ist. Wichtig war und ist es für uns, nicht als Missionare aufzutreten, die den Staaten etwas überstülpen wollen. Was für uns selbstverständlich ist, ist nicht auto-

matisch für die Menschen im Baltikum verständlich.

Müller: Auslöser für die Gründung der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe waren die Verhandlungen über den rot-grünen Koalitionsvertrag im Jahre 2000. Hier tauchte ein Abschnitt über die Intensivierung der Beziehungen zu unserer Partnerregion Schlesien auf. Damals habe ich mir überlegt, die ganze Zusammenarbeit mit Polen kann eigentlich nicht nur als Auftrag der Regierung formuliert werden. Daraus entstand die Idee, das, was die Regierung an Verträgen und Kooperationen mit Schlesien eingeht, parallel auch auf parlamentarischer Seite zu begleiten. Unsere Gruppe tritt bescheiden auf. Wir haben keinen eigenen Etat, wir tagen auch nicht öffentlich. Wir verstehen uns als ein Baustein im großen Netzwerk der deutsch-polnischen Beziehungen. Unsere Aufgabe ist es, für die

Idee der deutsch-polnischen Nachbarschaft und Freundschaft und jetzt eben auch für die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der EU zu werben. Zu diesem Zweck haben wir beispielsweise 2001 auf Einladung des polnischen auswärtigen Amtes eine Informationsreise mit Stationen in Warschau, Kattowitz und Krakau unternommen.

Welche Aufgaben kommen auf die Parlamentariergruppen in NRW zu?

Dr. Freimuth: Zum ersten die allgemeine Zielperspektive der europäischen Integration. Die EU Osterweiterung bietet die historische Möglichkeit einer auf Frieden ausgerichteten europäischen Innenpolitik, in der die Vielfalt der Staaten und Kulturen zur Geltung kommt. Die zweite Ebene umfasst vor allem wirtschaftspolitische Kontakte. Die dritte ist die der menschlichen Begegnung und des Aufbaus von persönlichem



Jan Söffing (FDP)



Dr. Frank Freimuth (SPD)

Polen

Estland

Lettland

Vertrauen. Eine gute Basis sind die bestehenden Städte-, Schul- und Unipartnerschaften, die Jugendbegegnungen sowie der Sport- und Kulturaustausch.

Wir haben unsere Ziele in einem „Letter of Intent“ festgehalten, den wir im Juni gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen im slowakischen Parlament in Bratislava unterzeichnen wollen. Bei der Festigung der noch jungen Demokratie braucht die Slowakei mehr denn je verlässliche Freunde. Sie macht zurzeit eigene Erfahrungen, die aktuell auch für Irritationen sorgen. Ich habe aber keinen Zweifel, dass die demokratischen Strukturen das aushalten.

Söffing: Dass sich mit der Erweiterung jetzt schlagartig etwas für uns verändert hätte, ist sicherlich nicht der Fall. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, die wir uns vorgenommen haben. Die Schwerpunkte habe ich bereits genannt. Darüber hinaus ist eine Reise der Parlamentariergruppe ins Baltikum angedacht, um vor Ort unsere Eindrücke, die wir bislang gewonnen haben, mit der Realität abzugleichen.

Müller: Ich gehe davon aus, dass sich für uns nicht sehr viel ändern wird. Wir werden so weiterarbeiten wie bisher. Schließlich haben wir bereits lange vor dem Beitritt Kontakte aufgebaut. Neu ist die Tatsache, dass wir ab jetzt in Brüssel kooperieren können. Am 13. Juni sind Europawahlen. Dann wird es erstmalig auch polnische Abgeordnete im Europaparlament geben. Wir sollten also im Blickfeld haben, dass wir die politische Willensbildung jetzt gemeinsam in Brüssel betreiben können.

Für den schwedischen Möbelgiganten Ikea ist Polen einer der wichtigsten

Produktionsstandorte, Waschmaschinen kommen aus Slowenien, Fertighäuser aus Tschechien. Beflügelt „Made in Osteuropa“ jetzt auch den NRW-Markt und damit die NRW-Politik?

Parlamentariergruppen

Der Landtag NRW unterhält vielfache Kontakte zu Partnerländern in der ganzen Welt. Indiz hierfür sind die zahlreichen Parlamentariergruppen – mittlerweile sind es neun –, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Parlament gebildet haben. Damit nimmt NRW unter allen Landtagen eine Vorreiterrolle ein. Ziel aller Gruppen, denen neben Abgeordneten aller Fraktionen teilweise auch Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur angehören, ist es, die bilateralen Kontakte mit dem jeweiligen Partnerland im gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bereich auszubauen und ein Netzwerk der Beziehungen zu knüpfen. Auf Betreiben von Landtagspräsident Ulrich Schmidt gründete sich am 12. Mai 1987 als erste Parlamentariergruppe die Deutsch-Israelische mit rund 40 Mitgliedern. Es folgten die Deutsch-Palästinensische, die Deutsch-Russische, die Deutsch-Amerikanische, die Deutsch-Türkische und die Deutsch-Chinesische, die sich erst Ende Januar des Jahres konstituierte. Zudem pflegt der Landtag durch die Deutsch-Polnische (seit 29. September 2000), die Deutsch-Baltische (seit 26. Juni 2002) und die Deutsch-Slowakische (seit 20. November 2002) Partnerschaften mit fünf der zehn neuen EU-Beitrittsländer.

Dr. Freimuth:

Ja, auch die nordrhein-westfälische Wirtschaft profitiert. Die slowakische Republik ist für NRW bereits heute ein interessanter Partner. Das wird sich sehr bald noch deutlicher zeigen.

Söffing:

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen NRW und Osteuropa ist traditionell gut geworden in den letzten

zehn Jahren. Ich erwarte, dass mit der wirtschaftlichen Prosperität gleichzeitig auch die politische Stabilität in den neuen Beitrittsstaaten wachsen wird. Diesen Prozess müssen wir weiter fördern. Zum anderen ist die Entwicklung dieser Länder für unser Land unheimlich interessant. Beispiel Estland, Stichwort Internet: Hier sind uns die Esten um Lichtjahre voraus. Wir dürfen also nicht so überheblich sein zu glauben, nur wir könnten dem Osten etwas beibringen. Wir können uns andersherum auch eine ganze Menge abgucken. Diese Dynamik und die Aufbruchsstimmung ist etwas, was uns hier in NRW und in ganz Deutschland fehlt. Wenn sich davon etwas auf unsere Gesellschaft übertragen würde, hätten wir schon viel gewonnen. Ich möchte andererseits nicht verhehlen, dass der

Druck auf die NRW-Wirtschaft größer werden wird, wenn wir Länder vor der Tür haben, die billiger produzieren als wir. Ich sehe dies jedoch als Herausforderung.

Müller:

Die festen wirtschaftlichen Kontakte zwischen NRW und Polen bestehen bereits seit vielen Jahren. Auch für die Wirtschaft ändert sich also fast gar nichts. Der Beitritt war in erster Linie ein historisches Datum und stellt einen Endpunkt nach langjährigen Verhandlungen dar. Wir müssen weiterhin unsere Stärken stärken. Unsere Stärke ist es nun mal nicht, mit billiger Arbeitskraft gute Produkte herzustellen. Das können eher die neuen Beitrittsländer leisten. Ich rate in diesem Zusammenhang zu mehr Gelassenheit. Ich glaube nicht, dass künftig massenweise Arbeitsplätze in NRW verloren gehen, weil verstärkt in Polen produziert wird. Im Gegenteil: Alles, was im Binnenmarkt produziert wird, wirkt sich auch positiv auf unsere Wirtschaft aus. Unhaltbar ist auch die Unterstellung, durch die Erweiterung würden erhebliche Migrationsprozesse in Gang gesetzt.



Edith Müller (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Stoff für die unterschiedlichsten Meinungen

Vier Landtagsausschüsse erörterten ein mögliches Kopftuchverbot in NRW

Stört eine kopftuchtragende muslimische Lehrerin den Schulfrieden und lässt ihre Weigerung, auf dieses Kleidungsstück zu verzichten, mangelnde Verfassungstreue vermuten? Ist mit dieser Äußerung islamisch-religiöser Überzeugung das Neutralitätsgebot des staatlichen Schulwesens gefährdet? Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September 2003 steht es den Ländern frei, muslimischen Lehrerinnen das Kopftuchtragen im Unterricht zu verbieten (oder auch zu erlauben). Von der Verbotsmöglichkeit haben inzwischen Baden-Württemberg und Niedersachsen Gebrauch gemacht. Soll Nordrhein-Westfalen diesem Beispiel folgen - und wenn ja wie? Zur Klärung dieser Frage hat die SPD-Landtagsfraktion ein juristisches Gutachten eingeholt. Darin schlagen die Berliner Professoren Dr. Ulrich Battis und Dr. Peter Bultmann vor, das Tragen eines Kopftuchs generell zu untersagen, dies jedoch mit einer strikten und unverzichtbaren Prüfung des Einzelfalls zu verbinden. Die CDU-Fraktion ihrerseits hat einen Gesetzentwurf (Drs. 13/4564) vorgelegt, der ein generell-pauschales Verbot dieses Kleidungsstücks von Musliminnen (ohne Einzelfallprüfung) vorsieht und dies zugleich mit einer Privilegierung christlich-religiöser Bekundungen verbindet.

Fotos: Schälte

Unter Federführung des Hauptausschusses (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) und drei weiterer Landtagsausschüsse fanden am 6. Mai Wissenschaftler, Sprecherinnen und Sprecher islamischer Gruppen, Schulpädagogen, Elternvertreter und Behördensprecher im Plenarsaal des Landtags Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Meinungen der 18 Expertinnen und Experten ergaben kein einheitliches Meinungsbild pro oder contra Kopftuch:
Verfassungsrechtliche Bedenken

standen gegen pragmatische Erwägungen zur Wahrung des Schulfriedens und der weltanschaulichen Neutralität einer Schule, die im Wertesystem der christlich-abendländischen Tradition verankert ist.

Als „eines der schwächsten Urteile des BVG“ bezeichnet Professor Battis den Spruch der Karlsruher Richter in Sachen Kopftuch von Lehrerinnen. Das Gericht halte ein grundsätzliches Verbot bestimmter Kleidungsstücke für Lehrerinnen und Lehrer durch den Gesetzgeber für möglich, verlange dabei aber – und das ziemlich deutlich – strikte Gleichbehandlung der Religionen. Er, Battis, sei nicht dafür, auf das Verbot zu verzichten: „Denn wenn es hart auf hart kommt, und die Dinge nicht aufgeklärt werden können, dann verliert der Staat, weil er die Beweislast hat – und er kann nicht in das tiefste Herz hineinschauen.“

Professor Dr. Ute Sacksofsky unterstrich auch die strikte weltanschauliche Neutralität, zu der das Urteil den Staat verpflichte. Wenn also NRW daran gehen sollte, Religion (für

Lehrer) aus der Schule zu verbannen, dann müsse dies im Sinne des BVG in gleicher Weise für alle Religionen gelten. Außerdem machte sie auf die frauenpolitische Perspektive eines Kopftuchverbots aufmerksam: Es treffe ausschließlich Frauen und schließe nicht alle Fundamentalisten aus.

„Sowohl der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion wie auch die Formulierung im Gutachten von Battis/Bultmann genügen den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht. Wenn sich das Land entscheiden sollte, kein Kopftuch mehr an Schulen zuzulassen, geht dies nur über den Weg eines generellen Verbots aller religiösen Symbole (außerhalb des Religionsunterrichts).“

Professor Dr. Ute Sacksofsky, Frankfurt

Für die meisten muslimischen Frauen in Deutschland sei das Tragen des Kopftuchs eine aus eigener Entscheidung ausgeübte religiöse Pflicht und sei auch ein Zeichen des Selbstbewusstseins und der Emanzipation, stellte der



Demonstrantinnen vor dem Landtag.



Dr. Klaus Lefringhausen und Renate Drewke

Professor Ulrich Battis

Professor Ernst-Gottfried Mahrenholz und Dr. Nadeem Elyas

Sprecher des Zentralrats der Muslime fest. Im Kopftuch könne man nicht von vornherein ein politisches Symbol sehen, sondern es sei Ausdruck der Religiosität ihrer Trägerin. Ein pauschales Verbot in der Schule führe zu einer weiteren Diskriminierung von Musliminnen in Wirtschaft und Gesellschaft und erschwere die Integration. Das Batts-Gutachten missachte „elementare Grundsätze des BVG-Urteils“. Seit dem 14. Jahrhundert gehöre die Kopfbedeckung zu den Bekleidungs Vorschriften des Islam.

„Diese Bekleidung der muslimischen Frau in der Öffentlichkeit wird heute unter dem Begriff „Kopftuch“ leidenschaftlich und kontrovers diskutiert. Dabei gehört die islamische Bekleidung selbst in nichtislamischen Ländern schon zur Normalität. In England gibt es sogar kopftuchtragende Polizistinnen.“

Dr. Nadeem Elyas, Zentralrat der Muslime in Deutschland

Den Integrationsgedanken stellte auch Dr. Klaus Lefringhausen in den Vordergrund. In seinen Augen sei der Versuch des Verbots ein größeres Abenteuer als der Versuch, auf Verständigung zu setzen. Er warb für langfristige Kooperation: Statt über das Kopftuch zu streiten wäre eine Anhörung über gemeinsame Zukunftsaufgaben und über die gesellschaftliche Klimawende sinnvoller. Er sei der Meinung, dass der Schulfriede durch „nachhaltig zänkisches Verhalten, durch Intoleranz oder durch Pflichtverletzungen“ gestört wird. Er werde aber auch gestört, wenn „kulturkämpferische Ressentiments“ von Eltern im Namen des Schulfriedens durchgesetzt würden.

„Zur weltanschaulichen Neutralität gehört auch, das Selbstverständnis von Kopftuchträgerinnen nicht umzudeuten. Die Vermutung, dass das Kopftuch Ausdruck von Unterdrückung sei, dürfte tendenziös sein, denn Lehrerinnen gehören zum emanzipierten Teil der islamischen Bevölkerung. (...) Die Vermutung, der Staat könnte seiner Neutralitätspflicht dadurch gerecht werden, dass er das Kopftuch gegen das Selbstverständnis der Trägerin deutet, macht ihn zur Religionsinstanz. Referendariat und anschließende Probezeit müssten ausreichen, um ein ideologisches Versteckspiel zu entlarven.“

Dr. Klaus Lefringhausen, Integrationsbeauftragter der NRW-Landesregierung

Renate Hendricks vom Vorstand der Landeselternkonferenz fand, vor allem

mit Blick auf Schulen mit hohem Migrantenteil (die Sprecherin einer solchen Schule in Gelsenkirchen bezifferte den Anteil an ihrer Schule mit rund 80 Prozent) sollte die einzelne Schule entscheiden, ob und welche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Hendricks: „Wie wird in diesem Zusammenhang eigentlich die Verfassungstreue von Männern festgestellt?“ Sie war der Meinung, ein Symbol wie das Kopftuch beeinflusse Kinder nicht negativ; schädlich für den Schulfrieden sei allenfalls die Diskussion darüber. Der Gesetzgeber sollte eigentlich Gesetze machen, die nicht von der Justiz überprüft werden müssten: Ein generelles Kopftuchverbot aber werde ganz sicher die Gerichte beschäftigen.

„Ich bitte Sie, verehrte Damen und Herren, eine gesetzliche Regelung zum Verbot des Kopftuchs bei Lehrerinnen in der Schule zu schaffen, um unsere Arbeit in der Schule nicht zusätzlich durch kopftuchtragende Lehrerinnen zu erschweren. (...) Die Schule, die diesen Konflikt in ihren eigenen Reihen lösen soll, wird leicht in verschiedene Lager gespalten. Niemand kann sich entziehen, für die eine oder andere Seite Stellung zu beziehen. Der Schulfrieden ist nachhaltig gestört.“

Felizitas Reinert, Leiterin der Gesamtschule Gelsenkirchen-Ückendorf

Während drinnen die Argumente ausgetauscht und die Meinungsunterschiede bloßgelegt wurden, demonstrierten draußen vor dem Landtag außerhalb der Bannmeile Mitglieder der Initiative „Mein Kopftuch“ aus Duisburg, darunter auch muslimische Studentinnen, die sich auf einen Beruf in den Bildungseinrichtungen des Landes vorbereiten. Sie sehen, wie Yasemin Karakasoglu von der

Universität Essen/Duisburg ermittelt hat, ihre berufliche Perspektive durch ein Kopftuchverbot beeinträchtigt: Wenn sie von den staatlichen Schulen zurückgewiesen würden, müssten sie nach Alternativen suchen. Sie wichen darum etwa in Privatschulen aus, über die der Staat wenig Aufsichtsmöglichkeiten habe. Dabei stünden diese Lehrerinnen an staatlichen Schulen „unter sozialer Kontrolle ohnegleichen“ – durch Lehrerkollegium, Eltern, Schüler und Schulaufsicht.

„Seltsamerweise soll ein Stück Stoff die Fähigkeit haben, den Schulfrieden zu gefährden. Gibt es nicht viel brisantere Themen wie Jugendkriminalität, zunehmende Gewalt und Drogenmissbrauch, die in viel größerem Maße den Schulfrieden gefährden? (...) Warum soll eine kopftuchtragende Lehrerin nicht ein Vorbild für Toleranz und Pluralität sein? Sie kann sogar eine Brückenfunktion zwischen den traditionell eingestellten Familien und den schulischen Anforderungen übernehmen.“

Aus der schriftlichen Stellungnahme der Initiative „Mein Kopftuch“

Wer davon ausgegangen war, die Anhörung würde eine Lösung des Problems servieren, die allen wohl und niemandem wehe sei, der sah sich getäuscht: Die Debatte um das Kopftuch wird auch nach dem 6. Mai weitergehen. Der Vorsitzende des federführenden Hauptausschusses, Edgar Moron, fasste zusammen: „Eines ist in dieser Anhörung deutlich geworden: Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen. Es handelt sich um ein gesellschaftlich hochbrisantes und juristisch schwieriges Problem, das hier die Abgeordneten des Landtags lösen müssen. Das ist eine sehr spannende Aufgabe“, meinte er zum Schluss der Sachverständigenbeiträge.



Elke Neuber vom Besucherdienst des Landtags weist den Weg zum Ort der Anhörung

Geplante Ausbildungsplatzabgabe bereitet Sorgen:

Müssen Unis mit finanzieller Mehrbelastung rechnen?

Bereits Ende April warnte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Professor Peter Gaehtgens, die Ministerpräsidenten der Länder vor den negativen Folgen der geplanten Ausbildungsplatzabgabe für die Hochschulen. Diese würden nicht in die Systematik des Gesetzes passen, das die Eigenverantwortung der Wirtschaft für den Fachkräftenachwuchs in den Mittelpunkt stelle. Laut Schätzungen des Deutschen Hochschulverbandes kämen durch diese Abgabe jährliche Kosten in zweistelliger Millionenhöhe auf die Universitäten und Universitätskliniken zu. Für die liberale Fraktion war dies Anlass im Wissenschaftsausschuss (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) am 6. Mai, eine Aktuelle Viertelstunde zu beantragen.

Der Bericht von Hannelore Kraft (SPD), Ministerin für Wissenschaft und Forschung, fiel kurz und knapp aus. Über die Folgen eines noch nicht beschlossenen Gesetzes werde sie nicht spekulieren, sagte die Ministerin. Insgesamt gebe es im Bereich der Hochschulen NRW 3.200 Ausbildungsplätze. Das seien

etwa neun Prozent der sozialversicherungspflichtigen Angestellten. Sehr wahrscheinlich sei dies ausreichend, um nicht zahlungspflichtig zu werden, meinte Kraft und unterstrich, dass dies nur unter größtem Vorbehalt zu notieren sei. Gelten würde dies nach ihren derzeitigen Erkenntnissen auch für die Universitätskliniken.

Professor Dr. Friedrich Wilke, wissenschaftspolitischer Sprecher der FDP, konfrontierte die Wissenschaftsministerin mit Rechenbeispielen, nach denen es einige Unis in NRW finanziell schwer treffen würde. An der Spitze die Bergische Uni Wuppertal. „Wie sieht es eigentlich mit Ihrem Ministerium aus“, fragte Wilke dann noch die Ministerin. Bei einer Zahl von Null Ausbildungsplätzen sei man doch sicher zahlungspflichtig. Dr. Ruth Seidl (Grüne) wollte wissen, ob die Universitäten nicht auch unter die Ausnahmeregelungen des Gesetzes fallen. Dies sei noch offen und vor dem Hintergrund eines noch nicht beschlossenen Gesetzes nicht zu beantworten, wiederholte Hannelore Kraft.

FCL-Erfolg auf den Balearen

Mit dem Jet ging's nach Mallorca. Dort hatte FCL-Präsident Günter Langen für den Samstag das Spiel gegen die Parlamentsmannschaft der Balearen ausgemacht. Vorher jedoch fand das zweite Training des FCL der letzten zehn Jahre statt. Und das machte sich im Match selbst nach vorsichtigem Abtasten in den ersten Minuten recht bald positiv durch gefällige Kombinationen bemerkbar.

In der zehnten Minute war es dann soweit: Willi Nowack war in halblinker Position von Norbert Stiens frei gespielt worden und schoss in der ihm eigenen Art aus spitzen Winkel zum 1:0 ein. In der 25. Minute war es dann Jupp Föhles, der seinen Frust über den Verlust seiner Geldbörse abgelegt hatte und mit einem Pressschlag zum 2:0 einnetzte. Dann aber musste das Team den Ausfall von Sturmspitze Nowack verkraften, der wegen einer bösen Achillessehnenreizung mit schmerzverzerrtem Gesicht vom Platz humpelte.

So kam Werner Sesterhenn zu seinem Debüt und war durch seine spielerischen Qualitäten gleich ein wertvolles Element für den FCL. Auch für Jürgen Coße war das Match bereits in der Halbzeitpause beendet. Hurtig ging's zum Flughafen, um rechtzeitig zum SPD-Bundesparteitag nach Berlin zu kommen. Schließlich musste der Frantisek (Müntefering) zum Nachfolger vom Gerd (Schröder) gewählt werden.

Die zweite Halbzeit begann, wie die erste geendet hatte. Die FCL-Spieler befolgten die

Anweisungen von Spielertrainer Wolfgang Euteneuer, hielten den Ball nach Möglichkeit in den eigenen Reihen und zogen so wieder überlegte Kombinationen auf. Der Erfolg blieb nicht aus: In der 63. Minute war es wiederum Jupp Föhles, der einen Abpraller aufnehmen und zum 3:0 einschießen konnte.

Das war dem Nationalteam der Balearen nun doch zu viel: Es bäumte sich auf und drängte auf eine Verbesserung des Ergebnisses. Doch Glück, Routine sowie die katzenartigen Reflexe von Rene Markgraf im Tor und die Spielübersicht von Wolfgang Euteneuer und Werner Jostmeier im FCL-Abwehrzentrum sorgten dafür, dass das 3:0 bis zum Schlusspfeiff gehalten werden konnte. Der FCL hat sich damit erneut auf internationaler Bühne bravurös geschlagen und seinen zahlreichen Erfolgen einen weiteren Glanzpunkt hinzugefügt.



Bunt gemischt zum Gruppenbild: Die Mannschaften des FCL und der Balearen lassen sich einträchtig vom Fotografen auf die Platte bannen.

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle (Vorsitzender Rolf Seel, CDU) befasste sich auf Antrag der CDU-Fraktion auf seiner letzten Sitzung mit dem Thema Schwebebahn. Das sei zwar unangenehm, fand CDU-Sprecher Michael Breuer, müsse aber dringend geklärt werden. Schließlich gehe es um eine Kostenexplosion in dreistelliger Millionenhöhe, die auch schon vom Landesrechnungshof (LRH) beanstandet worden sei: Ob diese Mehrkosten voll zu Lasten der Stadtwerke gingen oder ob dafür „irgendwie“ das Land geradestehe?

und wollte wissen, warum der Düsseldorfer Regierungspräsident nicht nachgehakt und mehr Druck gemacht habe. Darauf Hennerkes: „Ich teile Ihre prinzipielle Verwunderung.“ Die Rückforderung, so der Staatssekretär, wäre sicher nicht so hoch ausgefallen, wenn die Verwendungsnachweise früher vorgelegt hätten.

Schließlich sei das Geld zweifelsfrei zur Sanierung der Schwebebahn ausgegeben worden.

Der Sprecher der SPD im Ausschuss, Wolfgang Drese, wies mit seinem Vorschlag in eine ähnliche Richtung. Er plädierte dafür, die anstehende Überprüfung unvoreingenommen vorzunehmen und „nicht wegen elf Millionen Euro zu stoppen“.

Hängepartie beim Ausbau der Wuppertaler Schwebbahn

„Fahrgäste für den Streit nicht büßen lassen“

Die Wuppertaler Schwebbahn - eine unendliche Geschichte? Seit einigen Jahren wird dieses einzigartige Verkehrsmittel im engen Tal der Wupper renoviert, modernisiert und verlängert. Inzwischen ist die Finanzierung ins Stocken geraten. Der Düsseldorfer Regierungspräsident hat erst einmal elf Millionen Euro an öffentlichen Mitteln von den Wuppertaler Stadtwerken zurückgefordert, die nicht zweckentsprechend verwendet worden sind. Gegenwärtig prüft der Verkehrsminister, ob angesichts der Kostensteigerungen von ursprünglichen 225 auf 394 Millionen Euro und wegen schleppender Vorlage von Verwendungsnachweisen weitere Landesmittel für den Ausbau zur Verfügung gestellt werden. Die Baustelle ruht zurzeit.

Teurer als geplant – der Ausbau der Wuppertaler Schwebbahn. Inzwischen befasste sich auch der Landtag mit der Kostenentwicklung.

Verkehrsstaatssekretär Jörg Hennerkes machte in der Ausschusssitzung deutlich, über den Antrag der weiteren Förderung werde das Ministerium erst entscheiden, wenn die Fragen geklärt sind, die der LRH aufgeworfen hat. Er unterstrich, die Stadtwerke bauten auf eigenes Risiko, auch wenn der Bau vorzeitig genehmigt worden sei. Zudem habe stets festgestanden, dass die Stadtwerke das Vorhaben aus eigenen Mitteln vorfinanzieren müssten. Hennerkes: „Die Bedingungen des Weiterbaus waren allen Beteiligten zu jeder Zeit klar.“ Dennoch werde sich das Land aus der Finanzierung nicht zurückziehen, „an dem Projekt halten wir fest“, sagte er.

Der FDP-Abgeordnete Dr. Jens Jordan sprach die verspätete Vorlage von Verwendungsnachweisen durch die Stadtwerke an

In diesem Zusammenhang erteilte der Vertreter des Verkehrsministeriums dem Wuppertaler Vorschlag, an einem „Runden Tisch“ unter Leitung eines unabhängigen Moderators die Probleme auszuräumen, eine eindeutige Absage: „Davon halten wir nichts.“ Mit den Stadtwerken sei vereinbart - und die hätten das akzeptiert -, dass nach Klärung der Vorwürfe der Minister zu Gesprächen über das weitere Vorgehen zur Verfügung steht.

VERZÖGERUNG

Die Verzögerung vermochte Rüdiger Sagel (GRÜNE) nicht einzusehen. Es müsste doch möglich sein, gab er im Ausschuss zu bedenken, den Ausbau zu Ende zu bringen und von dem noch zu bewilligenden Betrag die zurückgeforderten elf Millionen abzuziehen. Denn sonst seien die Schwebebahnbenutzer die Leidtragenden des Streits.

Da über rund 170 Millionen noch nicht entschieden sei, könnte der Betrag ja gegen gerechnet werden. Im Übrigen sollte bei der ganzen Sache auf Parteipolitik verzichtet werden.

Das fand auch seine Fraktionskollegin Cornelia Tausch. Sie unterstrich, das Ganze sei noch mitten im „kontradiktorischen Verfahren“ – also auf der Ebene der beteiligten Stellen und Behörden, die die Beanstandungen des LRH intern und ohne die Öffentlichkeit abarbeiteten. Die Wuppertaler Abgeordnete an die Adresse des Abgeordneten Breuer: „Sie grätschen wieder einmal wider besseres Wissen in ein Verfahren hinein. Dabei sollten wir alle ein Interesse daran haben, dass nicht ohne Fakten ins Blaue spekuliert wird und ein vor Ort sehr wichtiges Projekt Schaden nimmt.“ Es sollte „sachorientiert“ an Lösungen gearbeitet werden, mahnte sie.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

In einer Artikelserie einer Düsseldorfer Boulevardzeitung sind allgemeine Vorwürfe gegen die Polizei in NRW erhoben worden. Unter anderem wurde die personelle und materielle Ausstattung des Polizeipräsidiums Düsseldorf thematisiert. Mit diesen Vorwürfen beschäftigte sich auf Antrag der CDU-Fraktion der **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) in seiner Sitzung am 6. Mai. Der Innenminister erklärte, viele der erhobenen Vorwürfe seien böswillig und irreführend. Sie zielten allein darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern.

+++

Von möglichen finanziellen Folgen der geplanten Ausbildungsplatzabgabe wird das Umweltministerium in NRW nicht betroffen sein. Das teilte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) den Mitgliedern des **Umweltausschusses** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) in der Sitzung am 5. Mai mit. Mit insgesamt 427 Ausbildungsplätzen auf 3.110 maßgebliche Stellen erfülle die Umweltverwaltung die geforderten sieben Prozent.

+++

Über die aktuelle Lage im „Kölner Müllprozess“ berichtete Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) den Mitgliedern des **Rechtsausschusses** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Dabei räumte er ein, dass der Staatsanwaltschaft ein Fehler unterlaufen sei, nicht ausnahmslos alle Akten anzufordern. Sie habe sich jedoch an die Leitlinien der höchstrichterlichen Rechtssprechung gehalten. Von einem Justizskandal könne keine Rede sein. „Ich habe nicht den geringsten Anlass, an der fachlichen und persönlichen Integrität der Staatsanwälte zu zweifeln“, so der Minister.

+++

Am 19. und 20. Mai wird Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) zusammen mit den Jurymitgliedern Peter Conradi, Jutta Limbach, Holk Freytag, Hans-Dieter Lehmann, Wolfgang Lorenz und Adrienne Göhler und mit den Vertretern der Landtagsfraktionen die drei NRW-Bewerbestädte um den Titel Kulturhauptstadt Europa 2010 besuchen. Das wurde auf der jüngsten Sitzung des **Kulturausschusses** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) deutlich. Die Entscheidung, wer für NRW am Wettbewerb auf Bundesebene teilnimmt, wird am 20. Mai in Düsseldorf bekannt gegeben.

Bis zum Jahr 2015 werde es in NRW einen Wohnungsbedarf von 659.000 Wohneinheiten geben. Das ist eines der Ergebnisse der Untersuchung zum „Wohnungsmarkt NRW bis 2015“, die Dr. Klaus-Peter Möller vom Pestel Institut im **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) vorstellte. Weitere Ergebnisse der Studie: Die Bevölkerungszahl hält sich in NRW konstant bei 18 Millionen Menschen und die befürchtete Stadtfucht bleibt aus.

+++

Der Bund will sich jetzt doch an den Baukosten für den neuen Hochsicherheitstrakt des Düsseldorfer Landgerichts beteiligen. Dies teilte Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) dem **Rechtsausschuss** mit. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) werde für den Bundesetat 2005 eine Zahlung von



Illustration: h₂m

16,5 Millionen Euro anmelden. Die gesamten Baukosten für das Gerichtsgebäude haben 36 Millionen Euro betragen.

+++

Über den Stand der Vorbereitungen zu dem geplanten „Kompetenzzentrum Abfall“ in Lünen informierte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) den **Umweltausschuss**. Ziel dieses Wirtschaftsförderungsgesetzes sei, das vorhandene Potenzial an kreislaufwirtschaftlichen Unternehmen zu stabilisieren und auszubauen. Das Zentrum müsse sich nach einer Anschubfinanzierung selbst tragen, erklärte die Ministerin.

Die Energieagentur NRW stellte dem **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) in einer auswärtigen Sitzung ihr Energiemanagement in Theorie und Praxis vor. Bei einem Rundgang durch die Vorwerk Elektrowerke in Wuppertal-Laaken lernten die Ausschussmitglieder eine Fülle von bereits umgesetzten Energiesparideen kennen. Allein in 2003 erreichten die Energieagentur NRW 19.000 Anfragen von Unternehmen und Kommunen nach Energieberatung.

+++

Dauerbrenner „Konnexitätsprinzip“. Über die zu diesem Stichwort vorliegenden Gesetzentwürfe der CDU-Fraktion (Drs. 13/2279) und der Koalitionsfraktionen (Drs. 13/4424) zur Änderung der Landesverfassung will der **Kommunalausschuss** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) zusammen mit dem federführenden **Hauptausschuss** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) am 27. Mai in einer gemeinsamen Sitzung abschließend beraten. Dies wird voraussichtlich auf der Grundlage eines gemeinsamen Änderungsantrags der Fraktionen geschehen.

+++

„Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen“ – das fordert die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 13/4616). Zu diesem Thema hat der **Unterausschuss „Personal“** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) des Haushalts- und Finanzausschusses für den 25. Mai Sachverständige zu einem Expertengespräch in den Plenarsaal eingeladen.

+++

Zum Thema Schulzeitverkürzung durch Abitur nach zwölf Jahren wird der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) am 26. Mai Sachverständige und Verbände im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Plenarsaal zu Wort kommen lassen.

+++

Die jüngste Sitzung des **Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik** (Vorsitz Ute Koczcy, GRÜNE) fiel genau auf den 40. Jahrestag des Europatages des Europarates. Im Rückblick auf die Feierlichkeiten zur EU-Osterweiterung übermittelte die Ausschussvorsitzende, die in Torun (Polen) an den Feierlichkeiten teilgenommen hatte, die Grüße aus der Wojewodschaft Kujawsko-Pomorskie und die Hoffnung auf eine gute gemeinsame Zukunft in der EU.

Leichtes Spiel für Kartenbetrüger

Statistik für 2003: Zahl der Fälle um über 90 Prozent gestiegen

„Kann ich auch mit Karte zahlen?“ Egal ob in großen Kaufhäusern, an der Tankstelle oder beim Supermarkt um die Ecke – immer häufiger lautet die Antwort: „Kein Problem.“ Was dem Verbraucher oftmals als Segen des Fortschritts erscheint, wird für immer mehr Einzelhändler zum finanziellen Risiko. Denn ein Großteil des Kriminalitätsanstiegs im Jahre 2003 ist in NRW auf Betrügereien mittels gestohlener oder verlorener Debitkarten zurückzuführen. Diese Besorgnis erregende Entwicklung war Anfang April Thema im Innenausschuss (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU). Das Innenministerium legte einen Bericht vor.



Foto: Schälte

Probleme bereitet die Zahlung mit sogenannten Debitkarten ohne PIN (persönliche Identifikationsnummer). Statt des „Electronic Cash Verfahrens“, bei dem eine Zahlung nur nach Eingabe einer Geheimnummer (PIN-Code) und einer im Online-Verfahren durchgeführten Prüfung von Bonität und Zugriffsberechtigung möglich ist, nutzen viele Einzelhandelsunternehmen das „Elektronische Lastschriftverfahren“, da ihnen die Gebühren für das PIN-System zu teuer sind. Eine Online-Prüfung der vorgelegten Karte erfolgt hierbei nicht. Es werden lediglich die Kartendaten ausgelesen, auf einem Lastschriftbeleg ausgedruckt und dem Kunden als Zahlungsbestätigung zur Unterschrift vorgelegt. Das Konto wird dann nachträglich mit dem entsprechenden Kaufbetrag belastet. Für den Fall, dass die Karte gestohlen ist, bietet dieses Verfahren keine hinreichende Sicherheit. Durch Fälschung der auf der Rückseite jeder Karte abgebildeten Unterschrift des rechtmäßigen Besitzers ist es für das Verkaufspersonal nahezu unmöglich, den Betrug aufzudecken. Den finanziellen Schaden muss in

diesem Fall das jeweilige Unternehmen tragen.

Dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelt, verrät ein Blick in die Kriminalitätsstatistik aus dem Jahr 2003. Allein in NRW haben sich die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Bekannt geworden sind 15.110 Fälle, was einer Zunahme von 92,5 Prozent entspricht. Bei Karten mit PIN-Nutzung waren die Betrugsfälle hingegen leicht rückläufig (minus 5,3 Prozent), bei Kreditkarten sogar deutlich rückläufig (minus 49,6 Prozent).

SPERRUNG

Augrund dieser Entwicklung wurde in der Vergangenheit die Forderung des Einzelhandelsverbandes NRW laut, ein im Jahre 2001 von der Polizeidirektion Dresden ins Leben gerufenes Projekt zur Bekämpfung von Betrugsfällen mit Debitkarten auch in NRW einzuführen. In Dresden werden Individual-

daten gestohlener Debitkarten nach der polizeilichen Anzeigenaufnahme mit Zustimmung des Geschädigten durch die Polizei per E-Mail an den lokalen Einzelhandel übermittelt, um diesem für die Dauer von zehn Tagen die Speicherung und Sperrung dieser Karten in seinen dortigen Kassensystemen zu ermöglichen.

Laut Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sei die Übernahme eines Systems nach Dresdener Vorbild für NRW nicht sinnvoll: Das Festhalten des Handels an dem kostengünstigeren Lastschriftverfahren dürfe nicht zu Lasten der Ressourcen der Polizei und somit der Allgemeinheit – sprich der Steuerzahler – realisiert werden. Eine generelle Umstellung des Einzelhandels vom Lastschriftverfahren auf das sichere Online-Verfahren mit PIN bezeichnete er als „anzustrebende Ideallösung“. Gleichzeitig appellierte er an die Kreditwirtschaft, dem Einzelhandel durch Sonderkonditionen für das PIN-Verfahren finanziell entgegenzukommen. ax

Polizeieinsatz in Bochum

In einer von den Grünen beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Polizeieinsatz an zwei Moscheen in Bochum am 16. April 2004“ hat Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) dem Innenausschuss einen Bericht vorgetragen.

Von entscheidender Bedeutung sei, erklärte der Minister, dass bereits im Vorfeld möglicher Anschläge Strukturen und Planungen terroristischer Gruppierungen erkannt werden. Schon seit längerem führe das Polizeipräsidium Bochum ein Maßnahmen-

konzept zur Früherkennung von Gefährdungen durch den islamistischen Terrorismus durch. Dies solle ermöglichen, Informationen aus dem Umfeld zu erlangen. Dies bedeute einen Sicherheitsgewinn für Bochum.

Die gewonnenen Erkenntnisse jetzt öffentlich zu machen, hieße aber potenziellen Terroristen in die Hände zu arbeiten. Zu

einer sachlichen und überwiegend positiven Medienberichterstattung habe die den Einsatz begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Polizeipräsidiums Bochum beigetragen. Dank des Einsatzes spezieller Kommunikationsbeamter hätten die von den polizeilichen Maßnahmen betroffenen Personen und Imame überwiegend ruhig und teilweise verständnisvoll reagiert. Der Minister teilte im Ausschuss mit, es sei nicht davon auszugehen, dass alle Moscheen im Lande mit Kontrollstellen überzogen würden. Wolfgang Fröhlecke

SPD

SPD: Förderung von Kindern und Jugendlichen wird per Gesetz auf eine sichere Basis gestellt

Auf einer Klausurtagung in Münster hat die SPD-Landtagsfraktion den Entwurf eines Kinder- und Jugendförderungsgesetzes erarbeitet. „Wir werden die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit auf eine sichere Basis stellen“, erklärte der jugendpolitische Sprecher der Fraktion, Bernd Flessenkemper. Das Land soll sich mit dem Fördergesetz verpflichten, für eine gesamte Legislaturperiode feste Fördermittel in Höhe von 96 Millionen Euro pro Jahr bereitzustellen.

Die SPD-Fraktion hebt damit die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit hervor. Die Förderung bestehender Angebote, Einrichtungen und Maßnahmen der pädagogischen Arbeit durch Kommunen und Land werde gesetzlich geregelt. Trägern, Initiativen und Jugendgruppen werde Planungssicherheit gegeben. Besonders gefördert werden solle die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen. Förderschwerpunkte seien auch die Orientierung der pädagogischen Arbeit an den Grundsätzen interkultureller Erziehung und Bildung sowie die kontinuierliche und systematische Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule.

Ein wichtiges Ziel des Jugendförderungsgesetzes sei, Angebote der örtlichen Träger der Jugendhilfe im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit sicher zu stellen. Neben den Gesprächen mit dem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen werde die Fraktion jetzt auf der Basis ihres Gesetzentwurfes auch die kommunalen Spitzenverbände, die Kirchen und Träger der freien Jugendhilfe anhören und deren Belange in die weitere Beratung einbeziehen, teilte Bernd Flessenkemper mit.

FDP

Girls' day 2004 – Zu Besuch in der FDP-Landtagsfraktion

Auf Einladung der Mindener Landtagsabgeordneten Marianne Thomann-Stahl hatten sich die beiden 16-jährigen Schülerinnen Susanne Gille und Nadja Neufeld des Bessel-Gymnasiums aus Minden auf den Weg nach Düsseldorf gemacht, um der Politikerin bei deren täglichem Geschäft über die Schulter zu schauen. Die beiden Mädchen hatten die Möglichkeit, den spannenden und arbeitsreichen Alltag der Parlamentarischen Geschäftsführerin zu verfolgen. Neben einer Führung durch das Parlament nahmen die beiden Schülerinnen an verschiedenen Diskussionsrunden teil. Des Weiteren hatten die Mädchen die Möglichkeit, Gespräche mit Referentinnen aus verschiedenen Fachbereichen zu führen, um so einen Einblick in weitere interessante Berufe zu gewinnen. Marianne Thomann-Stahl möchte auch in den kommenden Jahren interessierten Mädchen die Möglichkeit geben, sich ausführlich über die verschiedenen Berufsbilder in der Politik zu informieren.



Highlight war aber das Zusammentreffen mit dem Kandidaten für das Bundespräsidentenamt, Professor Dr. Horst Köhler, der sich im Rahmen einer Sondersitzung der Fraktion den FDP-Abgeordneten vorstellte. Foto von links nach rechts: Marianne Thomann-Stahl, Nadja Neufeld, Prof. Dr. Horst Köhler, Susanne Gille.

CDU

„Zukunft für das Ruhrgebiet“ – Studientag der CDU-Fraktion in Meschede

Die Zukunft des Ruhrgebiets stand im Mittelpunkt des Studientags der CDU-Landtagsfraktion Anfang Mai in Meschede. Referenten waren renommierte Fachleute wie der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, Professor Christoph Schmidt, der über „Probleme und Perspektiven der Wirtschaft in NRW“ informierte. „Wieder mehr Baukultur für unsere Städte“ – dafür warb der ehemalige Leiter der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, Professor Karl Ganser. Auf der Grundlage der Diskussion mit den Experten verständigte sich die Fraktion darauf, im Revier künftig stärker in Kreativität, Bildung und Forschung zu investieren. Sichere, saubere und schöne Städte sind ein weiteres Ziel der CDU-Politik in NRW. Begrüßt wurden die Landtagsabgeordneten vom Landrat des Hochsauerlandkreises. Franz-Josef Leikop, von Meschedes Bürgermeister Uli Hess (von rechts), und vom CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Hochsauerlandkreis



und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Merz (2.v.l.). Ebenfalls im Bild CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers sowie die „Gastgeber“, die Landtagsabgeordneten Monika Brunert-Jetter aus Meschede und Eckhard Uhlenberg, Vorsitzender des CDU-Bezirks Sauer-/Siegerland (links).

GRÜNE

Stärkung der Kundenrechte verbessert die Qualität in Bussen und Bahnen

Seit Beteiligung der GRÜNEN an der Landesregierung ist das Bahnangebot um mehr als 30 Prozent gesteigert worden. Nordrhein-Westfalen ist im bundesweiten Vergleich Bahnland Nr. 1. Diese Erfolge einer ökologischen Mobilitätspolitik werden allerdings von teils schlechten Leistungen insbesondere der Deutschen Bahn AG getrübt. Zu viele nordrhein-westfälischen Pendlerinnen und Pendler mussten sich über Verspätungen, mangelndes Platzangebot, unsauberes Wagenmaterial und Zugausfälle beschweren.

Tatsache ist, dass die Fahrgäste in öffentlichen Verkehrssystemen bei Leistungsmängeln bis heute unzureichend entschädigt werden. Eine vergleichbare schwache Rechtsposition der Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es in keinem anderen Markt. Entsprechend dürftig sind auch die Bemühungen um ein kundenfreundliches Beschwerdemanagement der Verkehrsanbieter.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist deshalb die Stärkung der Fahrgastrechte ein wichtiges Instrument, um die Pünktlichkeit und die Qualität in Bussen und Bahnen nachdrücklich zu verbessern. Verbraucherinnen und Verbrauchern muss bei Zugverspätung oder -ausfall ein Anspruch auf Schadensersatz oder Rücktritt zustehen. Die Streichung der Haftungsausschlüsse in der Eisenbahn-Verkehrsordnung ist im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht. Wir gehen davon aus, dass der Druck, der von einem solchen Recht ausgeht, erheblich dazu beiträgt, dass die Verkehrsunternehmen stärker als bisher an der Mängelbeseitigung arbeiten.

Porträt der Woche: Hannelore Brüning (CDU)

Den Blick durchs Bürofenster auf den gepflegten grünen Hügel und das lichte Stadttor dahinter genießt die Abgeordnete Hannelore Brüning. Dass in diesem Stadttor baldmöglichst ein Ministerpräsident und Parteifreund namens Jürgen Rüttgers arbeiten möge – dafür rackert die 61-jährige Christdemokratin aus dem Münsterland. Sie rackert, man muss das sagen, auch wenn es ungalant klingt, „wie ein Berserker“. Seit 1990 gehört Brüning dem Parlament an, immer mit der Urerfahrung der NRW-CDU im Kopf, scheinbar auf ewig Opposition sein zu müssen. Die erdverbundene CDU-Frau sagt: „Das ist mein politischer Antrieb. Ich will einmal Politik in Düsseldorf aus der Perspektive von Regierungsverantwortung machen.“ Auf die Frage, ob sich dahinter eine Bewerbung bei Jürgen Rüttgers für einen möglichen Kabinettposten verbirgt, kommt die Antwort wie aus der Pistole geschossen: „Um Gottes Willen, ich sehe mich nicht als Schattenministerin.“

Menschen wie Hannelore Brüning sind Managerinnen eines persönlichen Alltags, der eigentlich 24 Wachstunden haben müsste, damit man ihn bewältigen kann. Vor 35 Jahren hat sie zusammen mit ihrem Ehemann in Neuenkirchen bei Rheine einen Handwerksbetrieb aufgebaut: Heizung, Sanitär, Klima. Zwölf Mitarbeiter zählt der Betrieb. Zwei Kinder, ein Sohn und eine Tochter, wurden großgezogen. Der 36-jährige Sohn (Betriebswirt und Versorgungsingenieur) ist mittlerweile Juniorchef im elterlichen Betrieb. Die 33-jährige Tochter führt in der Heimat-

gemeinde als Floristen-Meisterin ihr eigenes Geschäft. Fotos der Enkel stehen auf Hannelore Brünings Schreibtisch, an der Schranktür kleben Blätter mit Selbstgemaltem der Kleinen für die Oma, die so selten zu sehen ist.

Hannelore Brüning lacht: „Mein Steuerberater fragt mich auch immer, warum ich mir das alles antue.“ 1975 wurde sie CDU-Mitglied, eine andere Partei kam nie in Frage. Seit 1979 gehört sie dem Gemeinderat Neuenkirchen an. Sie häufte politische Posten in Stadt, Kreis, in mittelständischen Gremien, Arbeitgeberverbänden, in Landtagsausschüssen, in der Fraktion, wo sie ein Auge auf die Finanzen hat. Politisch engagierte Wesen sind alle Brünings. Die Abgeordnete, die auf straffe und konsequente Organisation ihres prallen Pflichtenlebens achtet, wollte als Mittelständlerin politisch Flagge zeigen. Nicht in eigenen Gremien jammernd hocken, sondern etwas tun, sich in die Öffentlichkeit begeben, für die Sache des Mittelstandes streiten – das ist das politische Credo des Tatmenschen aus dem Münsterland.

ANSPRECHPARTNERIN

In ihrem 14.000-Einwohner-Städtchen ist sie jedermann bekannt: „Wenn ich mal einen Liter Milch kaufen gehe, dauert das eine Stunde.“ Sie bezeichnete es als einen Vorteil, dass die Menschen vor ihrer Haustür stehen und ihre Anliegen vorbringen. Früher war Brüning eine gute Tennisspielerin. Lang ist's

her. Heute ist sie schon froh, am Wochenende mit dem Rad unterwegs sein zu können. Ihren Urlaub verbringen die Brünings am liebsten an südeuropäischen Stränden. Nur in den Ferien greift sie zu Büchern – bevorzugt leichte Kost. Der Handwerksbetrieb in Neuenkirchen ist gesund, auch weil man stets die Privatkundschaft mit Rund-um-die-Uhr-Servive gepflegt habe, anstatt auf Großaufträge öffentlicher Auftraggeber zu bauen. Die Firma Brüning hat stets Lehrlinge ausgebildet. Die Seniorchefin stimmt in das verbreitete Klagegedicht von den zunehmend schlecht auf das Berufsleben vorbereiteten Lehrlingen ein: „Wir kriegen von den Schulen nicht genügend fähige Azubi.“ Die jungen Menschen seien zu bedauern: „Die können nix dafür.“

Autor: Reinhold Michels



Bericht über Erdbebenhilfe im Iran

Über den Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im Erdbebengebiet in Bam im Iran referierte Professor Dr. Joachim Gardemann, stellvertretender Landesarzt des DRK-Landesverbands Westfalen-Lippe, beim ersten Rotkreuzfrühstück im Restaurant des nordrhein-westfälischen Landtags.

Der Facharzt für Kinderheilkunde und Leiter des Kompetenzzentrums Humanitäre Hilfe an der Fachhochschule Münster hat ehrenamtlich bereits Einsätze in Ruanda, im Kongo und in Mazedonien begleitet. Das Erdbeben in der südiranischen Stadt Bam Ende vergangenen Jahres forderte über 36.000 Menschenleben. Bei dem Einsatz stellte das DRK zusammen mit anderen Hilfsorganisationen die vollkommen vernichtete medizinische Infrastruktur für die verbliebene Bevölkerung sicher.

Nach Vorbild des Bundesverbandes des DRK, der regelmäßig im Berliner Reichstag vor den Bundestagsabgeordneten über die

Auslandshilfen des DRK informiert, möchte auch der DRK-Landesverband Westfalen-Lippe das Abgeordnetenfrühstück im Düsseldorfer Landtag zu einer regelmäßigen Einrichtung machen.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßte die Initiative. „Ich gehe davon aus, dass dies heute der Auftakt für einen regelmäßigen Gedankenaustausch sein kann.“ Er könne sich durchaus vorstellen, so der Präsident, dass der Landtag NRW der Tradition des Bundestags nahecherein werde. Erfreut zeigte er sich darüber, dass mit den Auslandshilfen des DRK ein bisher wenig bekanntes Thema im Mittelpunkt gestanden habe.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Andreas Theyssen (FDP), Pressesprecher; Gerhard Sauer (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 15. Mai bis 16. Juni 2004

15.5. Regina van Dinther (CDU)	46
16.5. Dr. Gerhard Papke (FDP)	43
20.5. Franz-Josef Britz (CDU)	56
21.5. Helga Schwarz-Schumann (SPD)	49
21.5. Dr. Karsten Rudolph (SPD)	42
23.5. Wolfgang Große Brömer (SPD)	52
23.5. Inge Howe (SPD)	52
24.5. Theodor Kruse (CDU)	56
25.5. Hildegard Nießen (SPD)	58
25.5. Brigitte Capune-Kitka (FDP)	51
25.5. Johannes Rimmel (GRÜNE)	42
27.5. Hans-Peter Milles (SPD)	53
28.5. Rainer Bischoff (SPD)	46
30.5. Edmund Feuster (SPD)	50
1.6. Hans-Willi Körfges (SPD)	50
1.6. Jan Söffing (FDP)	50
4.6. Christof Rasche (FDP)	42
5.6. Rudolf Henke (CDU)	50
7.6. Dr. Bernhard Kasperek (SPD)	52
9.6. Ute Koczy (GRÜNE)	43
12.6. Dr. Ute Dreckmann (FDP)	54
12.6. Hannelore Kraft (SPD)	43
16.6. Norbert Post (CDU)	52

Britta Altenkamp (SPD), Landtagsabgeordnete aus Essen, ist zur neuen Vorsitzenden der SPD-Region Niederrhein gewählt worden. Sie löst in diesem Amt den ehemaligen Bundesverkehrsminister **Kurt Bodewig** ab, der nicht mehr kandidierte.

Stiftung feiert

Zu ihrem 30-jährigen Bestehen stellt sich die Stiftung Wohlfahrtspflege mit 32 Trägern und Projekten im Düsseldorfer Landtag vor. Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** eröffnet als Schirmherr am 12. Mai die Ausstellung in der Wandelhalle. Die 1974 gegründete Stiftung Wohlfahrtspflege kümmert sich um die Verbesserung der Lebenssituation behinderter und alter Menschen. Bisher hat sie über 4.000 Projekte mit Mitteln aus den Gewinnen der nordrhein-westfälischen Spielbanken gefördert. Vorsitzender des Stiftungsrats ist der Landtagsabgeordnete **Horst-Dieter Vöge** (SPD).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 13. Mai 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Europafest im Landtag

Mit Kunst, Musik, gutem Essen und Trinken wurden beim Erweiterungsfest im Landtag Ende April die neuen EU-Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei willkommen geheißen. Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** begrüßte zahlreiche Gäste und Vertreter von fünf der zehn neuen Mitglieder der Europäischen Union. Er würdigte den Beitrag der Parlamentarischen Gruppen, die sich der Vertiefung der Beziehungen zwischen NRW und den baltischen Staaten, Polen und der Slowakei verschrieben haben. Sie sorgten dafür, „dass das Netzwerk der Beziehungen immer enger und feinmaschiger wird“, betonte der Präsident. Landtagspräsident **Ulrich Schmidt**: „Wir können stolz sein auf das, was wir zu Stande gebracht haben. Und deshalb ist es richtig, dieses Fest gemeinsam zu feiern.“

Fotos: Schälte